Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 19 (1999)
Heft: 38

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Beat Dietschy

Globalisierung, Peripherie und Widerstand

Die von den dominierenden Nationen der Ersten Welt in GATT/WTO verfolgte Politik der Liberalisierung von Welthandel und Finanzmärkten diktiert der Dritten Welt den Weg, den sie zu gehen hat. Der Globalisierungsdiskurs führt insofern fort, was das Entwicklungsparadigma begonnen hat, und bestätigt die alte, eurozentrische Weltsicht, nach der, wie Marx sagte, das industriell entwickeltere Land dem minder entwickelten das Bild der eignen Zukunft zeigt. Die realen Entwicklungen, die im Gefolge der Globalisierung der Märkte und neoliberaler Strukturanpassungen in den meisten Ländern zu beobachten sind – Abbau sozialstaatlicher Sicherungen, Verarmung, Informalisierung und Gesellschaftsspaltung – sprechen indes eine andere Sprache. Sie lassen die Frage zu, ob heute nicht umgekehrt die Dritte Welt der Ersten Welt aufzeigt, was deren Zukunft sein könnte.

Die hier vorzustellenden Publikationen zur Globalisierung geben Stoff zur Beantwortung dieser Frage. Dies gilt insbesondere für das jüngste Werk von *Franz Hinkelammert*, das unter dem Titel *„Kultur der Hoffnung - Für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Naturzerstörung"* eine Auswahl von Aufsätzen aus den neunziger Jahren bietet, die ursprünglich auf Spanisch erschienen sind. Der aus Deutschland stammende Ökonom, der seit 1963 in Lateinamerika tätig ist, korrigiert darin die eurozentrische Engführung der Debatte über Globalisierung und Zusammenbruch des Sozialismus. Und er zeigt, wie die Konturen der „Neuen Weltordnung" denjenigen gleichen, über die sie triumphiert hat. Wie einst der Stalinismus präsentiert sie sich als Option ohne Alternative. „Jene Gesellschaft, die sich selbst ‚die offene' nennt, ist zur ersten völlig geschlossenen Gesellschaft geraten, vor der es kein Ausweichen mehr gibt" (Hinkelammert 1999, 11).

Teilweise skizziert Hinkelammert neue Realbedingungen eines Kapitalismus, der auf Reformen, ein „menschliches Antlitz" und auf eine grosse Zahl von Menschen, namentlich in der Dritten Welt, nunmehr verzichten kann. Diese überflüssig gemachte Bevölkerung wird in der Ersten Welt als Gefahr behandelt, als „Überbevölkerung, die eigentlich nicht existieren sollte". Damit geht Hinkelammert über zu einer ideologiekritischen Analyse, die zeigt, wie eine Auffassung als massgeblich durchgesetzt wird, die selbst noch die überflüssig gemachten Menschen davon überzeugt, dass sie es tatsächlich sind. Es erweist sich damit aber: auf Herstellung von Legitimität ist auch ein sich alternativlos gebender Kapitalismus noch angewiesen.

Am Beispiel des Golfkriegs werden Methoden der psychologischen Kriegsführung und der Umkehrung der öffentlichen Meinung blossgelegt. Sie setzen die Tradition des gerechten Kriegs fort, doch gepaart mit jenem abstrakten Effizienzkalkül, das sich im Neoliberalismus als erfolgreiche Strategie zur Eliminierung ethischer und menschenrechtlicher Komplikationen erwiesen hat. Denn gerecht ist nach F.A. v. Hayek letztlich das, was ein

Ergebnis des Marktes ist. Im dritten Kapitel, dem zentralen Teil des Buchs, untersucht Hinkelammert die Funktionsweise und Voraussetzungen dieser neoliberalen Diskurse und arbeitet heraus, wie ihr Kernstück, das von der selbstregulierenden Kraft des Marktes handelt, sich als umgekehrter Etatismus entpuppt. Es ist kein Zufall, unter welchen Umständen der neoliberale Anti-Etatismus sich als Staatsdoktrin etabliert hat. Das auf staatlich geförderter Importsubstitution beruhende Entwicklungsmodell der fünfziger und sechziger Jahre, das Lateinamerika schwache Ansätze von Sozialstaat, Bildungs- und Landreformen beschert hatte, wurde in den siebziger Jahren abgelöst durch Diktaturen der nationalen Sicherheit, die einen auf Staatsterrorismus und neoliberalen Anti-Etatismus gegründeten, weltmarktorientierten Kapitalismus „ohne menschliches Antlitz" einführten.

Nicht der Markt als solcher stellt für Hinkelammert das Problem dar, sondern der – zuerst in Chile unter Pinochet etablierte – Markttotalitarismus, „die Absicht, ihn in eine *societas perfecta* zu verwandeln, in die einzig legitime, die Gesellschaft total beherrschende Institution, in deren Namen die Volksbewegungen und der Staat zerstört werden" (S. 80). Es geht ihm nicht einfach darum, den Staat zu verteidigen, er plädiert vielmehr dafür, auf eine *societas perfecta* zu verzichten, weil eine solche Utopie, gleichgültig ob in planwirtschaftlicher oder marktförmiger kapitalistischer Gestalt, „als Prinzip der Politik die Gesellschaft selbst zerstört". Die Möglichkeit menschlichen Lebens und eine darauf bezogene ökonomische Rationalität begreift Hinkelammert als Ergebnis eines gegenseitigen Verhältnisses von Zivilgesellschaft, Markt und Staat – „keiner der drei Pole kann ohne den anderen existieren" (S. 83).

Im neoliberalen Reduktionismus erblickt er eine heroische Todesmystik, welche angesichts der ökologischen und humanen Grenzen des Wachstums sich dazu entschliesst, von der Wirklichkeit gar nicht mehr Kenntnis und stattdessen zu einem tautologischen Modell der Effizienzsteigerung Zuflucht zu nehmen: „Die Effizienz des Marktes bemisst sich am Markt", und ihre Auswirkungen auf Menschen und Natur werden als Werturteil ausgeschlossen. „Diese Utopie des vollkommenen Wettbewerbs wird zu einem leeren Versprechen einer Zukunft, in deren Namen jeder Schritt des Systems, der Zerstörung bewirkt, als ein notwendiger Schritt in Richtung auf eine bessere Zukunft gefeiert wird ... Alle sägen den Ast ab, auf dem sie sitzen. Der Effizienteste wird zuerst hinunterfallen, und alle werden seine Effizienz preisen" (S. 106f).

Der Einspruch gegen diesen „Heroismus des kollektiven Selbstmords" (ebd., 136) und seine „Effizienz zum Tode" entspringt einer „Rationalität des Lebens aller". Gegen die zynischen Opfer-Phantasien von der „Vernichtung eines Teils der Menschheit, um den Rest zu retten", beharrt sie, wie die Zapatistas, auf einer „Gesellschaft, in der alle Platz haben". Das impliziert zwar eine universale Ethik, aber eine, die sich vom ökonomistischen Markt-Utopismus dadurch grundsätzlich unterscheidet, dass sie gerade keine universal geltenden Produktionsverhältnisse vorschreibt. Ihre Utopie ist eine der Praxisermöglichung, d.h. sie zielt darauf ab, „die unsere Wirtschaft beherrschenden Sachzwänge durch solidarisches Handeln aufzulösen" (S. 180). So münden also die Aufsätze in der Thematik, die Hinkelammert in sei-

ner „Kritik der utopischen Vernunft" breiter entfaltet hat. Sie erleichtern den Zugang zu diesem Werk, bringen aber auch Aspekte wie den Kampf um den Spielraum für Alternativen neu zur Geltung.

Die zuletzt erwähnte Opfer-Problematik, ihre religiösen Bezüge und die damit verbundene theologische Kapitalismuskritik nehmen breiteren Raum ein im Sammelband *„Die Religion des Kapitalismus"*, der Hinkelammert zum 65. Geburtstag gewidmet ist. Er enthält Beiträge einer Tagung in der Evangelischen Sozialakademie Friedewald, die, auf dem Hintergrund der „Wende", Wirkungen und Kritik des globalen Marktsystems thematisieren. Hinkelammert selber steuert dazu einen Vortrag bei, in dem er zeigt, wie der Determinismus von Marktgesetzen konstituiert wird und dekonstruiert werden kann. *Franz Segbers* führt in seinem Beitrag gegen die Rechtfertigung der Ungleichheit durch die neoliberale Dogmatik das normative Erbe von Athen (republikanisch-demokratische Ordnung) und Jerusalem (Gerechtigkeit) ins Feld. In seiner unterdessen erschienenen Wirtschaftsethik (Segbers 1999) hat er die Relevanz biblischer Traditionslinien für eine substantielle Ökonomiekritik ausführlich begründet.

Die *theologische Auseinandersetzung* mit der „Religion des Marktes", d.h. dem „Glauben an einen Gott, der bereit ist, Menschen um des Wohlergehens der Wirtschaft zu opfern" (Jacob et al. 1996, 83), nehmen auch weitere Autorinnen und Autoren des Bandes auf, darunter *Kuno Füssel* und *Dorothee Sölle*. *Michael Löwy* gibt in seinem Beitrag einen knappen, aber informativen Überblick über die Behandlung des Themas in der Theologie der Befreiung. Sölle macht darauf aufmerksam, dass im Menschen- und Gesellschaftsbild des homo oeconomicus und seiner Wettbewerbsfreiheit Frauen mit Kindern, alte Menschen oder Arbeitslose sowenig vorkommen wie die begrenzten Vorräte der Natur. Als einzige Autorin in der hier besprochenen Literatur durchbricht sie damit die Geschlechterblindheit!

Der Volkswirtschafter *S. Katterle* stellt dem *homo oeconomicus* des usamerikanischen Kapitalismus das Modell des *homo culturalis* gegenüber, das zur Ordnung des Rheinischen Kapitalismus gehöre. Für letztere sei nicht eine „sozial gleichgültige Hegemonie des Marktes" massgebend, sondern die „sozial verantwortliche Einbettung des Marktes in das Ensemble der Institutionen einer verantwortlichen Gesellschaft" (S. 52f).

Solche Alternativen begegnen auch im Sammelband *„Globalisierung, Ethik und Entwicklung"*, der in der Reihe der St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik erschienen ist. Die hierin versammelten Beiträge, die auf ein von der DEZA veranstaltetes Symposium zurückgehen, befassen sich, entgegen dem breiter gefassten Titel, im wesentlichen mit der Frage, wie sich die im Zeichen der Globalisierung verschärfte internationale Konkurrenz auf die staatliche Entwicklungszusammenarbeit des Nordens und ihre Begründung auswirkt. Führt der globale Standortwettbewerb dazu, dass auch die Entwicklungspolitik vollends in den Dienst der nationalen wirtschaftspolitischen Interessen gestellt wird? Vor allem der Volkswirtschafter *Hermann Sautter* argumentiert in dieser Richtung, indem er die „wohlverstandenen Eigeninteressen" der beteiligten Kooperationspartner in den Mittelpunkt rückt. Dabei wird das strukturelle Machtgefälle zwischen ihnen ausgeblendet und Ausbeutung auf ein insti-

tutionenethisches Delikt reduziert, nämlich die „fehlende Disziplin reicher Länder bei der Einhaltung internationaler Absprachen und Regeln" (Peter 1999, 46). Es erstaunt nicht, dass in dieser Argumentationslinie Gesichtspunkte dominieren, die dem „wohlverstandenen Eigeninteresse des Geberlandes" dienen. Dies lässt sich an Konditionen wie „stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik" oder „weltmarktorientiertes Aussenhandelsregime" ablesen, welche die „Empfängerländer" hinsichtlich ihrer makroökonomischen Politik einzuhalten hätten (S. 41).

Andere Beiträge setzen ihre Prioritäten im entwicklungs- und sozialethischen Bereich. So plädiert der evangelische Sozialethiker *Christoph Stückelberger* für eine konzeptionelle Erweiterung des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung: neben der ökonomischen, der soziopolitischen und der ökologischen Dimension müssten die kulturelle und die religiöse Dimension von Entwicklung stärker berücksichtigt werden. Der afrikanische katholische Theologe *Bénézet Bujo* macht auf den ansonsten kaum hinterfragten Eurozentrismus der Entwicklungs- und Globalisierungsdiskussion aufmerksam. In der Tat werden im Mainstream-Denken traditionelle Kulturen ebenso wie ökologische Kriterien als Entwicklungshemmnis betrachtet, statt dass umgekehrt gefragt würde, ob der expansive kapitalistische Entwicklungsprozess des Westens mitwelt- und kulturverträglich sei.

Für den St.Galler Wirtschaftsethiker *Peter Ulrich* schliesslich basiert eine lebensdienliche sozio-ökonomische Entwicklung auf einem gesellschaftlichen Prozess der subjektiven und objektiven Ermächtigung aller Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft, der mindestens drei sich wechselseitig bedingende Dimensionen umfasst: pädagogische Befähigung, bürgerrechtliche Berechtigung und ökonomischen Ressourcenzugang. Dabei plädiert er im Sinne seiner „integrativen Wirtschaftsethik" für eine Doppelstrategie, welche einerseits alle Personen in den Produktions- und Konsumtionsprozess integriert und sie andererseits auch emanzipiert von den Zwängen und Abhängigkeiten des Marktes. Ulrichs republikanische Utopie einer „wohlgeordneten Gesellschaft" freier und gleicher Bürger führt zumindest zu einer scharfen Kritik am entwicklungspolitischen Ökonomismus, die sich im Ergebnis mit Hinkelammerts Diagnose trifft: die Rationalität des homo oeconomicus auf die ganze Gesellschaft zu übertragen, bewirkt keine Überwindung, sondern vielmehr eine „Universalisierung von gesellschaftlichen Drittwelt-Verhältnissen" (S. 59).

In diesem Zusammenhang ist der Sammelband *„Globalisierung und Peripherie"* besonders hervorzuheben. Vierzehn Autorinnen und Autoren zeichnen darin aus der Perspektive verschiedener Disziplinen ein detailgenaues Bild von der Durchsetzung und den Auswirkungen von Globalisierungsprozessen in peripheren Ökonomien Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Wer bei Hinkelammerts Darstellung, die sich auf die innere Logik der Prozesse konzentriert, empirisches Material oder länderspezifische Differenzierungen vermisst, findet sie hier. So wird von *Christof Parnreiter* am Beispiel der Beziehungen zwischen Mexiko und den USA herausgearbeitet, wie Migration nicht nur Folge, sondern auch Triebfeder von Globalisierungsprozessen ist. Staatsgrenzen, so sein Fazit, dienten dabei weniger dazu, „den Umfang der Zuwanderung zu regulie-

ren, sondern MigrantInnen rechtlich abzuwerten" (Parnreiter et al. 1999, 130; vgl. Widerspruch 37/99). *Johannes Jäger* untersucht, wie in Chile nach einer langen Phase des binnenorientierten Entwicklungsmodells Ende der siebziger Jahre ein neues, aussenorientiertes Entwicklungsmodell durchgesetzt wurde, das auf eine abhängige internationale Einbettung in globale Kapitalverwertungsprozesse ausgerichtet ist. Interessant ist dieses Fallbeispiel, weil in Chile als erstem Land im lateinamerikanischen Kontext jeweils ein Paradigmenwechsel erfolgte: der frühere „Pionier des peripheren Wohlfahrtstaates" ist zum „Pionier der Globalisierung" (S. 255) geworden.

Besonders erwähnenswert ist auch ein Beitrag von *Andreas Novy* und *Christine Mattl*, der anhand einer Rede des brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso Globalisierung als diskursive Strategie und Struktur analysiert. Überzeugend stellen sie dar, wie beim Übergang vom Entwicklungs- zum Globalisierungsdispositiv fordistische Staatsverständnisse abgebaut und Machtverhältnisse im Selbstlauf von Strukturen anonymisiert werden, die Rolle der gesellschaftlichen Eliten aber beibehalten wird. Hervorzuheben bleibt der Artikel von *Kunibert Raffer* über das „Management der Schuldenkrise" durch die internationalen Finanzinstitutionen. Nicht nur zeigt er, dass Weltbank und IWF faktisch planwirtschaftliche Privilegien haben und dadurch in die Lage versetzt werden, an ihren eigenen Fehlern zu verdienen (S. 106). Er belegt auch Hinkelammerts These, dass den Auslandsschulden eine zentrale Rolle im Nord-Süd-Verhältnis zukommt: sie geben den Ländern des Zentrums die Kontrolle über den Entwicklungsweg der Länder der Peripherie (vgl. Hinkelammert 1999, 15).

Klar zum Ausdruck kommt insgesamt, dass Globalisierung nicht etwa bedeutet, dass ein lineares und kontinuierliches Wachstum des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs stattgefunden hätte. Vielmehr wechselten, wie *Joachim Becker* in einem historischen Überblick zeigt, „in den die globale Dynamik prägenden Metropolen eher binnen- und aussenorientierte Akkumulationsregime krisenvermittelt einander ab" (Parnreiter et al. 1999, 35). Dies gilt erst recht für die abhängigen Ökonomien der Peripherie. Globalisierung kann, so fassen die Herausgeber des Bandes, *Andreas Novy, Christof Parnreiter* und *Karin Fischer*, die wichtigsten Erkenntnisse des Bandes im Eingangskapitel zusammen, als „neuer Wein in alten Schläuchen" bezeichnet werden. Ist der Expansionsdrang als solcher eine dem Kapitalismus inhärente und altbekannte Erscheinung, so steht die „neue Dynamik im Zusammenhang mit der Erschöpfung der fordistischen Entwicklungsweise", die auf der Möglichkeit beruht hatte, über konstant hohe Produktivitätsgewinne auch Massenkaufkraft zu bilden. In vier Bereichen sehen die AutorInnen Neuerungen: in den dank technologischen Innovationen und wirtschaftspolitischen Liberalisierungen, aber auch durch die Verschuldung des Südens enorm erstarkten *Finanzmärkten*; in einer „neuen *Geographie der Produktion*", die sich u.a. an Produktionsverlagerungen in „Freie Exportzonen" und dem Aufbau transnational integrierter Produktionsprozesse ablesen lässt; in einer neuen *„Ordnung der Macht"*, die sich in der Entstaatlichung politischer Regime sowie der „Zurichtung von Nationen, Regionen, Organisationen für die Bedürfnisse des Kapitals" äussert; schlies-

slich in einer „neuen Qualität sozialer Ungleichheit", die in der Tendenz zum Ausdruck kommt, „grosse Segmente der Weltbevölkerung hinsichtlich der grundlegenden Dynamik der Kapitalakkumulation dauerhaft überflüssig zu machen" (S. 9 ff).

Zu einigen der hier behandelten Länder (Mexiko, Brasilien und Chile) sowie zu Argentinien, Bolivien und Nicaragua finden sich auch wertvolle Studien in dem im Brandes & Apsel Verlag erschienenen Band *„Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus"*. Hier wird die charakteristische Pendelbewegung dieses Kontinents „vom Markt zum Staat und wieder zurück" (Gabriel 1997, 12) im 20. Jahrhundert nachgezeichnet, die mit den Wechseln von Export- und Binnenorientierung verbunden ist. Besonders erwähnenswert ist der Beitrag von *Ana Fernandes* und *Andreas Novy*, der schildert, wie Brasilien, wo der Staat eine speziell wichtige Rolle gespielt hatte, dank Cardosos „Plano Real" ebenfalls zum Spielfeld internationaler Anlagekapitalien wurde. Vor allem aber sind die Beiträge über „Netzwerke des Widerstands" hervorzuheben, welche das Aufkommen neuer zivilgesellschaftlicher Akteure beschreiben: die indigenen Organisationen in Bolivien und Ecuador, welche zu einem wichtigen und neuartigen politischen Faktor geworden sind, die Widerstandsbewegungen gegen die ökologischen und sozialen Zerstörungen im Tal des Rio São Francisco in Brasilien, die Organisation der in den Weltmarktfabriken Mexikos arbeitenden Frauen und den Aufstand in Chiapas, der als Katalysator für zahlreiche neue Basisbewegungen gewirkt hat. Lesenswert sind auch die im Schlussteil des Buchs enthaltenen Dokumente von Leonardo Boff, X. Gorostiaga, Eduardo Galeano und Subcomandante Marcos, welche insbesondere auf die Veränderungen des Demokratiekonzeptes im Kontext dieser Gegenkulturen eingehen.

Beiträge zur Bedeutung zivilgesellschaftlicher Gegenstrategien zur Globalisierung, insbesondere zu den religiösen und kulturellen Dimensionen dieses Widerstands in indigenen und afroamerikanischen, aber auch in Frauen- und Volks-Bewegungen Lateinamerikas sind schliesslich in einem Sammelband zu finden, der demnächst im IKO-Verlag erscheinen wird (Fornet-Betancourt, 2000).

Literatur

Fornet-Betancourt, Raúl (Hg.), 2000: Kapitalistische Globalisierung und Befreiung. Religiöse Erfahrungen und Option für das Leben. Frankfurt a.M.(i.E.)

Gabriel, Leo (Hg.), 1997: Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus. Frankfurt a.M./Wien

Hinkelammert, Franz, 1999: Kultur der Hoffnung. Für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Naturzerstörung. Mainz/Luzern

Jacob, Willibald / Moneta, Jakob / Segbers, Franz (Hg.), 1996: Die Religion des Kapitalismus. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des totalen Marktes. Luzern

Parnreiter, Christof / Novy, Andreas / Fischer, Karin (Hg.), 1999: Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt a.M./Wien

Peter, Hans-Balz (Hg.), 1999: Globalisierung, Ethik und Entwicklung. Bern/Stuttgart/Wien

Segbers, Franz, 1999: Die Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik. Luzern

Urs Sekinger

Sozial- und Umweltklauseln – Protektionismus gegen den Süden?

Die zunehmende Macht Transnationaler Konzerne (TNK) im Zuge der Globalisierung und die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994 haben Problemen und Fragen der Ausgestaltung von international gültigen Mindestnormen für Arbeitsbeziehungen dringliche Aktualität verliehen und zu höchst kontroversen Debatten geführt. Auf der einen Seite fordern Gewerkschaften unter Führung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) seit Jahren die Verankerung von verbindlichen Sozialklauseln in den WTO-Verträgen, um der zunehmenden Verschlechterung von Arbeitsbedingungen im Rahmen der Standortkonkurrenz einen Riegel vorzuschieben. Diese Position wird inzwischen von zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) aus Industrie- wie Entwicklungsländern mindestens teilweise mitgetragen, wenngleich sich ihr Hauptaugenmerk etwa im Rahmen der Kampagne „Saubere Kleider" (Clean Clothes) oder des fairen Handels stärker auf Verhaltenskodizes für einzelne Unternehmen oder Produktionsbereiche richtet.

Bereits 1986 wollten die USA das Thema Sozialstandards in die GATT-Verhandlungen aufnehmen. Sie haben diese Position, die inzwischen auch von den europäischen Staaten unterstützt wird, anfangs Dezember an der WTO-Konferenz in Seattle bekräftigt, drangen aber mit ihrer Forderung gegen den geschlossenen Widerstand der Drittwelt-Staaten nicht durch. Diese verwerfen internationale Sozial- und Umweltschutzregeln, die mittels Sanktionen durchgesetzt werden könnten, weil sie darin einen neuen „Protektionismus im sozialen Gewande" des Nordens vermuten. Eine Befürchtung, die auch von „Intellektuellen und NGO aus der Dritten Welt" in einer Erklärung vom September 1999 (vgl. Sonderheft iz3w) geteilt wird: Die Verbindung von Handelsliberalisierung und Durchsetzung von Sozial- und Umweltschutzstandards im Rahmen der WTO sei unakzeptabel. Stattdessen fordern sie eine Stärkung beispielsweise der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Wie und wo also soll das kaum bestrittene Anliegen von weltweit gültigen Arbeitsnormen verwirklicht werden? Einen überblickartigen Einstieg in die Diskussion bietet Heft 75 „Internationale Sozialstandards" der Zeitschrift Peripherie. Michael Windfuhr geht der Frage nach, wie soziale Menschenrechte angesichts des wachsenden Einflusses von TNK durchgesetzt werden können. Eine grundsätzliche Schwierigkeit zeigt sich bereits bei der Definition und völkerrechtlichen Verbindlichkeit von Mindeststandards. Allgemein wird in der Diskussion von den von der ILO 1998 definierten *Grundrechten* ausgegangen: Recht auf Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, Lohngleichheit und Diskriminierungsverbot. Sie bilden den Referenzrahmen gewerkschaftlicher Sozialklausel-Forderungen, greifen aber nach Windfuhr selbst im Bestreben um Ausgleich im Standortwettbewerb zu kurz. Initiativen des „Fairen Handels" oder für Verhaltenskodizes von Einzelunternehmen gehen bereits über diese Minimalforderungen hinaus. Ergänzend folgert er, dass Verhal-

tenskodizes und Sozialklauseln dringend um ein internationales Wettbewerbsrecht gegen die weltwirtschaftlichen Konzentrationstendenzen, die Verankerung von weit gefassten Menschenrechtsstandards in Handels- und Investitionsabkommen und ein internationales Haftungsrecht ergänzt werden müssten.

Eva Senghaas-Knobloch geht auf Geschichte und neue Herausforderungen für die ILO ein. Sie sieht aktuell drei Hauptprobleme: Transnationale Wirtschaftsaktivitäten und Kapitalstrategien unterlaufen das Vertragsumfeld der ILO; die „Verringerung der nationalstaatlichen Regelungskompetenz" erschwert die nationalstaatlichen Durchsetzung von ILO-Normen und die Abnahme der Repräsentativität von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften führt zu grösseren Schwierigkeiten bei der gesellschaftlichen Konsensbildung. Trotzdem sieht die Autorin die Bedeutung der ILO auch künftig in der Normensetzung im Arbeits- und Sozialbereich, bleibt aber die Antwort schuldig, wie der entsprechende Machtzuwachs und die Durchsetzungskraft der ILO zu bewerkstelligen wären.

Das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) gilt in der Frage der internationalen Durchsetzung von Sozial- und Arbeitsrechten als exemplarisches Vorbild. Rainer Dombois und Erhard Hornberger unterziehen die entsprechenden Abkommen einer kritischen Würdigung. Zwar erlaubten sie NGO und Gewerkschaften, vermehrt Klagen einzureichen, auch über Rechtsverletzungen in den USA oder Kanada, doch allgemein ziehen die beiden Autoren eine eher ernüchternde Bilanz. Einerseits wirkt sich die Beschränkung auf Mindeststandards selektiv aus, und andererseits stellt die Komplexität der Zusammenhänge extrem hohe organisationelle Anforderungen.

Volker Frank diskutiert „Erfolgsbedingungen von Sozialklauseln" und stellt einleitend, mit Bezug auf Christoph Scherrer et. al. (1998), grundsätzlich fest, „dass Sozialklauseln die wirtschaftliche Entwicklung von Ländern der ‚Dritten Welt' nicht hemmen, sondern im Gegenteil dazu beitragen, die ruinöse Konkurrenz zwischen Ländern einzudämmen, welche mit ähnlichen Produktionstechniken vergleichbare Produkte herstellen. Die Einhaltung der zentralen Sozialstandards stärkt demnach langfristig die industrielle Entwicklung der armen Länder im Süden." (S.67) Anhand der Anwendung des Allgemeinen Präferenzsystems der USA gegenüber Guatemala und der Dominikanischen Republik zeigt er auf, wie trotz markanten Exportsteigerungen in beiden Ländern erst der gewerkschaftlicher Druck zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geführt hat. Trotzdem bleiben diese angesichts der Exportabhängigkeit der Länder und der menschenverachtenden Produktionsbedingungen vornehmlich in „Freien Exportzonen" (FEZ) sehr bescheiden. Grundsätzlich brauche es eine veränderte Wirtschaftspolitik von Weltbank und IWF, schliesst Frank und verdeutlicht damit die begrenzte entwicklungspolitische Reichweite von Sozialklauseln.

80 Prozent der Beschäftigten in den FEZ Zentralamerikas sind Frauen zwischen sechzehn und dreissig Jahren. Sie stehen im Zentrum des abschliessenden Beitrags von Jennifer Bickham Mendez und Ronald Köpke „Gender und Transnationalismus". Anhand des „Zentralamerikanischen Frauennetzwerks zur Solidarität mit FEZ-Arbeiterinnen" zeigen sie auf, wie die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der FEZ und ihre

Konkurrenz zu US-Betrieben eine unerwartete Dynamik und Widersprüche zwischen Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen und Solidaritätskomitees aus den USA, den nationalen Gewerkschaften in Zentralamerika und dem in den FEZ verankerten Frauennetzwerk auslöste. Die nationalen Gewerkschaften, aus denen viele der Vertreterinnen des Netzwerks hervorgegangen sind, kommen für sie wegen ihres machistischen Gesellschaftsbildes und der Beschränkung auf traditionelle Gewerkschaftspolitik als Partner nicht in Frage. Aber auch den Solidaritätsorganisationen aus dem Norden begegnen sie aufgrund gemachter Erfahrungen und dem bestehenden Informations- und Machtungleichgewicht mit Misstrauen. Das Frauennetzwerk sieht sich als „eine Vision, in dem integral die Probleme der Frauen der FEZ angesprochen und Mechanismen kollektiver Führung entwikkelt werden. Darin begreifen sie das Netzwerk als *Alternative* zum Syndikalismus, aber auch als Instanz, welche die soziale Realität der Frauen in sozialen Auseinandersetzungen sichtbar macht." Mit neuen Verhandlungstechniken, die nicht an Machtgewinn orientiert sind, wollen sie von Unternehmen die Einhaltung eines „Ethischen Kodex", ein „Abkommen von gegenseitigem Nutzen" erreichen. Ihr Diskurs ist von den Menschenrechten geprägt. „Der Gebrauch von Menschenrechtsdiskursen richtet sich primär gegen neoliberale Konzepte, die transnationale Unternehmen von sozialer Verantwortung freisprechen." (S.98) Ein interessanter, die Diskussion öffnender Ansatz am Ende eines lesenswerten Heftes. Ausführlich werden der Stellenwert der FEZ in Zentralamerika, die veränderte internationale Gewerkschafts- und Solidaritätsarbeit und mögliche Auswirkungen von Sozialklauseln von Ronald Köpke (1998) dargestellt.

Konkrete Erfahrungen mit Verhaltenskodizes für Unternehmen stehen im von Bettina Musiolek herausgegebenen Band „Gezähmte Modemultis" zur Debatte. Die „Saubere Kleider"-Kampagne hat ausgehend von den Niederlanden und den USA die Arbeitsbedingungen in Betrieben verschiedener Modemultis untersucht und Strategien entwickelt, um sie zur Akzeptierung von Verhaltenskodizes zu bewegen: Walt Disney in Haiti, H&M und C&A in Bangladesh, Levi Strauss in Indonesien und in Zentralamerika Gap. Nicht zuletzt dank der Möglichkeit, Druck über KonsumentInnen zu erzeugen, ist einiges in Bewegung gekommen. Von einem Erfolg zu sprechen wäre aber verfrüht. Und auch im Falle der Unternehmenskodizes sind sich die AutorInnen der beschränkten Reichweite bewusst. Verträge mit Einzelunternehmen unterliegen dem Privatrecht, dessen Durchsetzung wiederum staatlicher Macht obliegt. Als grösstes Problem hat sich aber die unabhängige Kontrolle von Verhaltenskodizes herausgestellt. Auch in diesem Band wird auf den notwendigen Einbezug der direkt betroffenen ArbeiterInnen anhand einer Initiative von Women Working Worldwide hingewiesen.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit der Problematik liefert die Untersuchung von Christoph Scherrer, Thomas Greven, Volker Frank (1998) „Sozialklauseln". Einige Autoren des erwähnten Peripherie-Hefts haben ihre Analysen in diesem Band ausführlicher dargestellt. Hervorzuheben ist vor allem der ökonomietheoretische Teil von Christoph Scherrer, in dem er die wissenschaftlichen Einwände gegen die Errichtung internationaler Sozialklauseln auf ihre Stichhaltigkeit überprüft,

ohne fundierte Einwände finden zu können: „Die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion ergibt, dass zwar alle Länder sich besser stellen könnten, wenn alle zugleich die Arbeiterrechte einhielten, dass aber gleichzeitig für jedes einzelne Land ein Anreiz besteht, die Rechte zu missachten." (S.266) Dieses Problem können Sozialklauseln überwinden helfen. Die damit praktisch realisierbare weltweite Verbesserung der Arbeitsbedingungen stellt ein wesentliches Entwicklungsmoment besonders für Drittweltländer dar. Weniger klar wird die Konzeption der Autoren zur Durchsetzung von Sozialklauseln. Aufgrund der vehementen Kritik aus dem Süden an der WTO sehen sie die Federführung eher bei einer erstarkten ILO. Sanktionen würden allerdings von der WTO verhängt. Wie dieses Zusammenspiel von ILO und WTO funktionieren und wie die ILO an Durchsetzungsmöglichkeiten angesichts der zunehmenden Bestimmungsmacht von TNK gewinnen soll, bleibt offen.

Zum Schluss sei noch auf die Tagungsberichte einer 1996 von der Hans Böckler- und der Friedrich Ebert-Stiftung veranstalteten Konferenz über Sozialklauseln und Umweltstandards hingewiesen (Malanowski 1997). Verschiedene Beiträge gehen auf den 1994 abgeschlossenen NAFTA-Vertrag ein, der erstmals in Zusatzabkommen auf multilateraler Ebene Sozialstandards regelte. Brisant ist der Beitrag von Myriam Vander Stichele, die für ein Handelssystem basierend auf Fairness, Nachhaltigkeit und Entwicklung plädiert und dabei auf die Gründungsidee einer Welthandelsorganisation von 1948 zurückgreift. Damals hätte die Internationale Handelsorganisation (ITO) mit solch breiten Zielsetzungen als Korrelat zu den Bretton-Woods-Institutionen ins Leben gerufen werden sollen. Realisiert wurde lediglich das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT als kleiner Teilbereich, der 1994 in die WTO mündete.

Literatur

informationszentrum 3. welt / iz3w – Sonderheft 1999: Kuhhandel des Jahrtausends? Die „millennium round" der Welthandelsorganisation WTO. Freiburg i.Br.

Köpke, Ronald, 1998: Nationaler Wettbewerb und Kooperation. Freie Produktionszonen in Mittelamerika. Münster

Malanowski, Norbert (Hg.), 1997: Social and Environmental Standards in International Trade Agreements: Links, Implementations and Prospects. Münster

Musiolek, Bettina (Hg.), 1999: Gezähmte Modemultis. Verhaltenskodizes: Ein Modell zur Durchsetzung von Arbeitsrechten? Eine kritische Bilanz. Frankfurt/M.

Peripherie, 1999: Internationale Sozialstandards. Nr. 75, September, Frankfurt/M.

Scherrer, Christoph / Greven, Thomas / Frank, Volker, 1998: Sozialklauseln. Arbeiterrechte im Welthandel. Münster

Markus Zürcher

Globalisierung, soziale Demokratie und europäische Sozialverfassung

Der „Globalisierung" ist aus Sicht einer *europäischen Sozialpolitik* Widerstand erwachsen, geht es doch um die Erhaltung und Transformation des in Kontinentaleuropa während der letzten Jahrzehnte etablierten Modells der sozialen Demokratie und damit um die Zukunft des Wohlfahrtsstaates im „sozialen Europa".

Dass die Internationalisierung der Wirtschaft und insbesondere der Kapitalmärkte seit den siebziger Jahren die europäischen Sozialstaaten und mit ihnen die soziale Demokratie sukzessive schwächt, ist heute unbestritten: Unter dem Druck der im namentlich im deregulierten EU/EFTA-Wirtschaftsraum geförderten Standortkonkurrenz werden sozialstaatliche Leistungen und soziale Sicherungssysteme abgebaut und eine Verschiebung der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit sowie eine Polarisierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft hingenommen.

Gemäss Fritz W. Scharpf, renommierter Politikwissenschaftler, droht in den westlichen Industrieländern deshalb erstmals seit der Etablierung der sozialen Demokratie ein asymmetrischer „Wohlstandsverlust". „Wo die Marktkräfte dominieren, wie etwa in den USA, werden sich die neuen Verteilungsrelationen naturwüchsig durchsetzen. Die Folge sind steigende Kapitaleinkommen, stagnierende oder rückläufige Arbeitseinkommen, zunehmende Lohndifferenzierung und sich ausbreitende Armut. Wo aber, wie in den europäischen Sozialstaaten, Politik und Gewerkschaften stark genug sind, um an einer egalitären Verteilungspolitik festzuhalten, sinken die Investitionen, stagniert die Beschäftigung und steigt die Arbeitslosigkeit bei gering qualifizierten Arbeitskräften – mit der zusätzlichen Folge, dass die hohen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auch die Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme überfordern" (Scharpf 1998, 167). Die sozialen Folgeprobleme der entgrenzten Ökonomie tendieren dazu, das „Vertrauen in die demokratische Politik überhaupt zu untergraben (ebd., 152)".

Ähnliches befürchtet auch Wolfgang Streeck, der seit Jahren die Sozialpolitik der SPD und der Gewerkschaften untersucht: Die Internationalisierung der Märkte droht die Demokratie auf ihre liberale Variante, mithin auf die Gewährung und Durchsetzung liberaler Grundrechte, insbesondere natürlich des Rechtes auf Eigentum, einzuschränken und die nationalen Regierungs- und Staatseliten auf Kosten der nationalen Parlamente und Verbände zu stärken: denn diese Eliten sind es, die die wirtschaftliche Deregulierung auf nationaler Ebene durchsetzen und so unter internationalem Druck die Parlamente in ihren Gestaltungsmöglichkeiten erheblich einschränken. Damit finde erstmals in der Geschichte des Sozialstaates eine tiefere Entfremdung zwischen Gesellschaft und Staat statt. Der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Demokratie besteht gemäss Streeck also darin, „dass liberale und, im Weberschen Sinne, formale Demokratie durch wirtschaftliche Internationalisierung gefördert, soziale und substantielle Demokratie aber ausser Kraft gesetzt wird, und zwar indem Globalisierung den Nationalstaat des späten 20. Jahrhunderts auf spezifische Weise zugleich stärkt und schwächt" (Streeck 1998, 13).

Bemerkenswert und zugleich irritie-

rend ist nun, dass sowohl Streeck wie auch Scharpf der nationalen Politik gerade in Europa bei der Bewältigung der sozialen Folgen des entfesselten Kapitalismus einen zentralen Stellenwert einräumen wollen. Diese im Grundzug skeptische Haltung gegenüber EU-Supranationalisierungsszenarien dürfte nicht zuletzt aus einer kritischen Einschätzung des Demokratisierungspotentials in der EU resultieren.

Zudem scheint sich bei Streeck wie bei Scharpf die pointiert auch von Claus Offe vertretene Auffassung durchgesetzt zu haben, dass die für eine Umverteilungspolitik unerlässlichen „Vertrauens- und Solidaritätsbeziehungen" (Offe 1998, 105) beziehungsweise die zur Akzeptanz von Mehrheitsentscheiden unerlässliche „Wir-Identität" der Bürger (Scharpf 1998, 154f) sich in absehbarer Zeit auf supranationaler Ebene nicht wird herstellen lassen. Eine supranationale soziale Demokratie müsste demnach nicht nur an fehlenden institutionellen Voraussetzungen, sondern ebenso an der mangelnden sozialen Kohäsion des liberalen Modells „Europa der Bürger" scheitern. Doch stellt sich die Frage, ob hier das Supranationalisierungsszenario nicht vorschnell aufgegeben und auf eine Lösung gesetzt wird, die der aktuellen sozialen Problemlage in der EU von vornherein nicht gerecht werden kann.

Insbesondere die Position Streecks mutet gleichsam als sozial-liberale Minimalvariante an, setzt er doch auf zunehmende „individuelle Verantwortung" und erwartet von der Demokratie „statt Schutz vor den Leistungszumutungen des Marktes" nur noch „Hilfe bei ihrer Bewältigung" (Streeck 1998, 43, 44). Demgegenüber will Scharpf schon deshalb an den Zielen des Sozialstaates festhalten, weil andernfalls eine manifeste „Legitimationskrise" (Scharpf 1998, 169) entstehen könnte, die dazu führt, die Demokratie schlechthin zu diskreditieren. Er schlägt einen radikalen Umbau des Sozialstaates und im Bereich der Renten eine Abkehr vom "Bismarck-Modell" oder zumindest eine Überprüfung des Kapitaldeckungsprinzips sowie der subventionierten individuellen Pflichtversicherung (Dänisches Modell) vor.

Von den Ausführungen von Scharpf und Streeck, die hinsichtlich der EU-Integration letztlich auf transnationale Verhandlungen und Vereinbarungen setzen, hebt sich nun die Position von Stephan Leibfried und Paul Pierson ab. Denn beide Politikwissenschaftler gehen davon aus, dass die Systemkrise der sozialen Demokratie mit einem grundsätzlichen Wandel in der Sozialpolitik einhergeht, bei dem die Nationalstaaten sukzessive ihre sozialstaatliche Autonomie verlieren. Sozialpolitik sei in der EU „ein Teil der Entstehung des Marktes selbst", (Leibfried/Pierson 1998, 89), habe doch der Europäische Gerichtshof im Zuge der rechtlichen Durchsetzung der Dienstleistungsfreiheit die Koordinierung der Sozialleistungen übernommen und so die Nationalstaaten ihrer „wohlfahrtsstaatlichen Souveränität" (ebd., 77) beraubt. „Daraus entsteht ein einzigartiges Mehrebenen-System von Sozialpolitik, das durch drei Merkmale gekennzeichnet ist: einen 'hohlen Kern' (das heisst ein fehlendes politisches Zentrum, M.Z.), eine herausragende Rolle der Gerichtsbarkeit für die Entwicklung neuer Politiken und eine ungewöhnlich enge Rückkoppelung von Sozialpolitik an die Schaffung eines neuen gemeinsamen Marktes"(S. 87). Zwar hat die Koordinierung der Sozialleistungen durch den Europäischen Gerichtshof den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Freizügig keit ermöglicht. Doch bedarf

es zusätzlich zur rechtlichen Koordinierung der Umsetzung sozialer Zielsetzungen in der EU-Politik – in Anbetracht der Tatsache, dass der europäische Dachverband der Unternehmen (Unice) einer „Harmonisierung der Gesetzgebung auf EU-Ebene" (NZZ, 21.9.99) erneut eine Absage erteilt hat; und gegen die EU-Sozialcharta mobilisiert wird (FAZ, 4.12.99).

Noch steht zur Debatte, ob ein soziales Europa als Ziel „einen vollständigen Umbau der gesamten institutionellen Struktur der EU" und eine „Sozialverfassung für Europa als Kernstück des neuen Paradigmas" (Huffschmid 1998, Memorandum 1998) erfordert, um die wachsende soziale Ungleichheit in der EU bekämpfen zu können. Zwar bilden die innovative Politik der EU-Kommission insbesondere beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie der sukzessive Ausbau der Strukturfonds (in die 1999 bereits knapp 30 Prozent der gesamten EU-Mittel flossen) erste Ansätze in Richtung eines sozialen Europa. Freilich ist nichts gewonnen, wenn nicht zugleich Möglichkeiten zur politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger geschaffen und neue, dezentrale Formen der Staatlichkeit etabliert werden.

Literatur

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1998: Memorandum '98. Köln

Huffschmid, Jörg, 1998: Wie Europa aus der Sackgasse herauskommt. Eine Sozialverfassung für Europa. Frankfurter Rundschau v. 10. Dezember

Leibfried, Stephan; Pierson, Paul (Hg.), 1998: Standort Europa. Europäische Sozialpolitik. Frankfurt/M.

Offe, Claus, 1998: Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Stress der europäischen Integration. In: Streeck, Wolfgang (Hg.), Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie. Frankfurt/M.

Scharpf, Fritz W., 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt/M.

Scharpf, Fritz W., 1998: Demokratie in der transnationalen Politik. In: Streeck, Wolfgang (Hg.), Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie. Frankfurt/M.

Streeck, Wolfgang (Hg.), 1998: Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie. Frankfurt/M.

edition 8

edition 8
Postfach 3522
8021 Zürich
Tel. 01/271 80 22
Fax 01/273 03 02
E-Mail: info@edition8.ch
Internet: www.edition8.ch

Verlangen Sie den Prospekt mit unserem ersten Programm: Biografien über Noam Chomsky, Frans Masereel, Lotte Hümbelin, ein Erinnerungsband von Otto Steiger und eine Erzählanthologie von Ana Lydia Vega (Puerto Rico).

Patrick Ziltener

Kritische Theorie der europäischen Integration

Bericht von einer internationalen Konferenz in Marburg

Kritische Theorie der europäischen Integration wird gegenwärtig auf einem Feld ausgearbeitet, das durch zwei „Verdichtungen" charakterisiert ist: einerseits eine zentral auf theoretischen Konzepten der Regulationstheorie aufbauende *Staatstheorie* und andererseits der Ansatz einer hegemonietheoretisch fundierten *Internationalen Politischen Ökonomie*. Die *Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)*, ein 1989 am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg unter der Leitung von Prof. Frank Deppe gebildeter Projektzusammenhang, wurde mit der Organisation einer internationalen Konferenz im Oktober 1999 ihrem Ruf einmal mehr gerecht, der inzwischen wichtigste „Knotenpunkt" im deutschsprachigen Raum für die kritische Analyse der europäischen Integration zu sein. Hans-Jürgen Bieling, der massgeblich für das inhaltliche Konzept und die Organisation verantwortlich zeichnete, gelang es, mit dem Konferenzprogramm nicht nur den Stand der Debatte zu repräsentieren, sondern während der Konferenz die beiden Diskussionsstränge aufeinander „wirken" zu lassen.

Für die Staatstheorie seien die Arbeiten von Joachim Hirsch zu einer Theorie internationaler Regulation sowie diejenigen des Berichterstattenden genannt, der seine Überlegungen zum Zusammenhang zwischen dem europäischen Integrationsprozess und der *transformation of statehood in Europe* vortrug (vgl. die Rezension von *Strukturwandel der europäischen Integration* in diesem Heft). Der neo-gramscianische Ansatz der *International Political Economy* geht massgeblich auf die Arbeiten von Robert W. Cox zurück. Cox, gebürtiger Kanadier, vor seiner Universitätstätigkeit während 25 Jahren am Internationalen Arbeitsamt (ILO) in Genf tätig, hat es mit seinen in der Zeitschrift *Millennium* erschienenen Aufsätzen geschafft, in einem der konservativsten wissenschaftlichen Fächer in Nordamerika, nämlich den *international relations*, kritische Forschung anzuregen. Unter dem Titel *„Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie"* (1999) hat die Forschungsgruppe FEG Cox' grundlegende Aufsätze, die bisher nur in Englisch greifbar waren, als *Studie Nr. 11* in Deutsch herausgegeben und mit einer konzisen Einführung in dieses neue Paradigma der internationalen Beziehungen versehen (vgl. auch Bieling/Deppe in: Das Argument, Heft 217/1996).

Stephen Gill (*Dept. of Political Science*, Universität von York, Kanada), gewissermassen Cox' „Meisterschüler", Herausgeber des Sammelbandes *„Gramsci Historical Materialism and International Relations"*, legte an der Konferenz die theoretischen Fundierungen einer neo-gramscianischen Theorie internationaler Beziehungen dar und zeigte, wie diese auch für eine Analyse der europäischen Integration fruchtbar zu machen ist. Die gegenwärtige Dominanz des Neoliberalismus charakterisierte er als „rule of a non-hegemonic bloc of forces that exercises dominance for a period over apparently fragmented populations until a coherent form of opposition emerges", basierend auf den

grossen oligopolistischen Firmen, die sowohl „innerhalb" als auch „ausserhalb" des Staates operieren und Teil der lokalen und globalen politischen Strukturen sind. Hauptfunktion dieses Blokkes ist die Intensivierung der Kapitaldisziplin in Staat und (Zivil-)Gesellschaft. Gill spricht von einem „disciplinary neo-liberalism in Europe", vor allem mit dem Projekt der Währungsunion verbunden, „restraining democracy and protecting private property rights and setting the governance frameworks that impose macroeconomic discipline under a regime of austerity" (vgl. Gill 1998).

In Europa ist der neo-gramscianische Ansatz vor allem in den Niederlanden vertreten, fokussiert auf Amsterdam, so dass sich der Name *Amsterdam school* durchgesetzt hat. Die erste breit beachtete Arbeit war Kees van der Pijls „*The Making of an Atlantic Ruling Class*" (1984; vgl. ders. 1998). Spezifisch für den Ansatz ist, auf der neo-gramscianischen Theorie internationaler Beziehungen aufbauend, der *fractionalism*: Aus den verschiedenen funktionalen Kapitalformen (Handels-, produktives und Finanzkapital) wird Klassenformierung als *transnationaler* Prozess rekonstruiert. Baastian van Apeldoorn (*Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung*, Köln) legte seine Untersuchungsergebnisse dar, nämlich zur Frage, wie sich im Verlaufe der 80er Jahre eine „transnational class strategy" mit einer spezifischen politischen Vertretungsform (*European Roundtable of Industrialists*) entwickelte. Von den verbeiteten Formen des Lobbyismus auf europäischer Ebene unterscheide sich dieser durch seine langfristige strategische Perspektive. Auch Henk Overbeek (*Dept. of Political Science and Public Administration*, Freie Universität Amsterdam) zeichnete die neoliberale Restrukturierung in Westeuropa als Verhandlungsprozess auf europäischer Ebene nach, betonte allerdings, dass diese im „atlantischen Kontext" untersucht werden müsse. Das neoliberale Projekt befinde sich nach seiner „zerstörerischen" nun in der „rekonstruktiven Phase", in der es darum gehe, eine soziale Basis zu schaffen. Wenn dies in einer Phase der Konsolidierung gipfeln sollte, dann gebe es „keinen Weg mehr zurück". In welcher Phase dieses Prozesses wir uns heute befinden, gab natürlich Anlass zu Diskussionen. Magnus Ryner (*Research Centre of International Political Economy* an der Universität von Amsterdam) analysierte in diesem Zusammenhang die gegenwärtigen öffentlichen Diskurse eines „Dritten Weges" als spezifische Dynamik der Politik eines „sozialdemokratischen Neoliberalismus in Europa". Insbesondere den Studien von Anthony Giddens komme hinsichtlich der Neubestimmung der „Linken *auf* dem Terrain des Neoliberalismus" eine Schlüsselfunktion zu. Welche Formen eine solche „Konsolidierung" des Neoliberalismus annimmt, zeigte Thorsten Schulten (*Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut WSI*, Düsseldorf) am Beispiel der europäischen Gewerkschaften auf: wettbewerbsorientierte „Betriebskorporatismen", lohnmoderierende „soziale Pakte" auf nationaler Ebene und eine „symbolische Europäisierung" im Rahmen der EU-Institutionen (*sozialer Dialog*) binden die Gewerkschaften in einen „competitive corporatism" ein, der mit den alten „keynesianischen" Strategien kaum mehr etwas zu tun hat.

Das Hauptproblem neo-gramscianischer Arbeiten besteht in dem Fehlen intermediärer Analysekonzepte. Der Weg von Gramscis theoretischen Be-

griffen zu empirisch-analytisch handhabbaren Konzepten wird oft verkürzt gesehen, was sich dann am unvermittelten „Aufprallen" empirischer Forschungsergebnisse auf *master concepts* zeigt. Voraussetzung für eine verbesserte sozialwissenschaftliche Forschung mit diesen Begriffen ist ihre weitere „Aufschlüsselung", also eine Operationalisierung. Schritte in diese Richtung gingen Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (FEG, Universität Marburg) mit ihrer Analyse „hegemonialer Projekte im Prozess der europäischen Integration". Sie schlugen konzeptuelle Modifikationen des Begriffes der *transnationalen Hegemonie* vor, insbesondere eine stärkere Berücksichtigung der sozialkonstruktivistischen Momente. Über die (von der kritischen Forschung bisher überzeugend geleisteten) Analysen der interessengeleiteten rationalen Handlungsstrategien wirtschaftlicher und politischer Akteure hinaus sollen, unter anderem in Anknüpfung an die (frühen) Arbeiten Ernesto Laclaus, die „motivating social myths", die Verbindungen von materiellen Interessen, Praktiken diskursiver Interaktion und Formen kollektiver affektiver Imagination geklärt werden. Aufgezeigt wurde dies an drei hegemonialen Projekten neoliberaler Restrukturierung, nämlich der Errichtung des Europäischen Währungssystems, des Binnenmarktes und der Währungsunion. Allerdings kommen sie zum Schluss, dass nur gerade im Fall des Binnenmarkt-Projektes von Aspekten eines *euphoric neo-liberalism* gesprochen werden könne. Entsprechend dem Elitencharakter des Integrationsprozesses bleibe es in der Bevölkerung meistens bei einer Mischung aus permissiver Zustimmung, Desinteresse, Apathie, Indifferenz und/oder diffuser Skepsis.

Auch im Anschluss an den Beitrag von Bieling/Steinhilber kam es zur Debatte, die die ganze Konferenz durchzog, nämlich ob und wie weit wirklich von neoliberaler Hegemonie gesprochen werden kann und soll. Bieling/Steinhilber sehen bezüglich „hegemony within the European Union (...) more than tacit agreement of the masses; at least partly it involves *active consent* and *self-motivated engagement* as well as *material compromises* with (parts of) the subaltern classes". Van Apeldoorn spricht von einem „embedded neoliberalism", damit die verbreitete Charakterisierung der Nachkriegsregimes als „embedded liberalism" aufnehmend. Damit ist ein grundlegendes, vielleicht *das* grundlegende Problem der staats- *und* hegemonietheoretischen Debatten aufgeworfen: Können (In-)Stabilität und (In-)Kohärenz der gegenwärtigen Formation an derjenigen der fordistisch-keynesianischen Phase „gemessen" werden? Wieviel soziale Integration, politische Legitimität und gesellschaftliche Kohäsion braucht der Neoliberalismus, um stabil zu sein? Gill spricht, angesichts des deutlichen Überwiegens der Zwangselemente über diejenigen der Zustimmung, nicht von einer Hegemonie des Neoliberalismus.

Auch die Frage, inwieweit es bereits einen neuen, „transnational historic bloc" gibt, gekennzeichnet durch transnationale Klassenformierung und die Marginalisierung der organisierten Arbeiterschaft, blieb umstritten. Aus regulationstheoretischer Sicht kann gegenwärtig nicht von einer stabilen Konfiguration gesprochen werden; zu viele dysfunktionale Regulierungselemente gibt es, der Regimewettbewerb und die Standortkonkurrenz im europäischen Binnenmarkt haben erst angefangen zu wirken, die Währungsunion wird den

Zwang zur Divergenz und die Fragmentierung der europäischen Gesellschaften weiter vorantreiben. Ob es die europäische Sozialdemokratie angesichts dieser Prozesse vermag, einen abfedernden „sozialen Unterbau" für die neoliberalen wirtschaftlichen und politischen Mechanismen zu schaffen, ohne die *European disciplinary situation* dabei zu sprengen, bleibt und ist nicht nur für den Berichterstattenden äusserst fraglich. Dass die Dynamik des europäischen Liberalisierungs- und Deregulierungsprozesses keineswegs gebrochen ist, legte Dieter Plehwe (*Wissenschaftszentrum Berlin, WZB*) am Beispiel des europäischen Logistiksektors dar. Nach wie vor sind transnationale, sowohl innereuropäische wie auch transatlantische unternehmerische *pressure groups*, in enger Kooperation mit der EU-Kommission, erfolgreich im „Knacken" nationalstaatlicher Regulierungen und in der „Öffnung" staatlicher Tätigkeitsbereiche.

In der Schlussdebatte wurde festgestellt, dass es sich – gerade auch für Fallstudien – lohnt, an „alte Debatten" wie diejenige über die Staatstheorie zwischen N. Poulantzas, E.P. Thompson und Ralph Miliband anzuknüpfen (vgl. auch Jessop 1999). Overbeek bemängelte zurecht, dass es bisher keine umfassende Darstellung der europäischen Integration aus kritischer Sicht gibt, obschon doch die theoretischen Grundlagen als auch eine Fülle von Einzelstudien vorhanden sind. Gill wies beiläufig auf die an Veranstaltungen ähnlicher Art in Nordamerika allgemein selbstverständliche Einbeziehung der *gender and race*-Aspekte hin. An der Marburger Konferenz fehlten diese. Die vorgelegten Papers werden unter dem Titel „*The European configuration – Dimensions of a critical analysis*" zunächst in Englisch als FEG-Studie (feg@mailer.uni-marburg.de), später auch in deutscher Übersetzung erscheinen.

Literatur

Cox, Robert W., 1999: Weltordnung und Hegemonie. Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie". FEG-Nr. 11, Marburg

Gill, Stephen R. (Hg.), 1993: Gramsci, Historical Materialism and International Relations. Cambridge

Ders., 1998: European Governance & New Constitutionalism: EMU & alternatives to disciplinary neo-liberalism in Europe. In: New Political Economy, 3(1)

van der Pijl, Kees, 1998: Transnational Classes and International Relations. London/New York

Jessop, Bob, 1999: Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei N. Poulantzas – 20 Jahre später. In: Prokla, Heft 116

Ziltener, Patrick, 1999: Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster

Mirjam van Reisen: Global Player EU. Die Nord-Süd-Politik der Europäischen Union. Analyse - Kritik - Reformansätze. WEED/terre des hommes, Bonn, 1999 (73 S., 12 DM)

In der Nord-Süd-Politik der Europäischen Union besteht erheblicher Reformbedarf. Die Politik ist widersprüchlich und ohne eine einheitliche strategische Konzeption. Die Orientierung am Leitbild einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Entwicklung und das Primat der Armutsbekämpfung werden weiterhin durch die Gemeinsame Agrarpolitik und die Ausrichtung auf die Außenhandelsinteressen der europäischen Wirtschaft konterkariert.

Ein zusätzliches Problem: Die institutionellen Zuständigkeiten für die Nord-Süd-Politik sind innerhalb der EU-Kommission zersplittert und die Abstimmung zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten funktioniert nur ungenügend. Vor allem infolge des konstanten Personalmangels hat die Arbeitsfähigkeit der Generaldirektion innerhalb der Brüsseler Kommission, die gerade für die ärmsten Entwicklungsländer zuständig ist (DG VIII), dramatisch abgenommen. Die Folge: Jährlich werden Entwicklungshilfegelder in Milliardenhöhe von der Kommission nicht abgerufen, landen meist wieder in den Finanzministerien der Mitgliedsstaaten und sind damit für Entwicklungszwecke verloren.

Zu diesem Ergebnis kommt die Brüsseler Entwicklungsexpertin Mirjam van Reisen in einer Studie, die sie im Auftrag der deutschen Nord-Süd-Organisationen terre des hommes und WEED angefertigt hat. Die Studie mit dem Titel „*Global Player EU*" informiert über die Strukturen europäischer Nord-Süd-Politik, analysiert die aktuellen Trends, identifiziert Schwachstellen und Stärken der EU-Politik – und skizziert Reformvorschläge. Sie bietet zum einen eine allgemeine Orientierungshilfe im unübersichtlichen Geflecht europäischer Handels- und Entwicklungspolitik und konzentriert sich zum anderen bewußt auf einige aktuelle Themen, die im deutschsprachigen Raum bisher kaum diskutiert wurden. Dazu zählen Fragen der Organisation und entwicklungspolitischen Kapazität der EU-Kommission, die finanziellen Perspektiven der europäischen Entwicklungszusammenarbeit für die kommenden Jahre, das entwicklungspolitische Instrument der direkten Haushaltszuschüsse sowie der zunehmende Trend zu Freihandelsabkommen zwischen der EU und Ländern bzw. Regionen des Südens. Vor allem das letzte Thema ist angesichts der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der EU und der Staatengruppe Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Gruppe) über ein neues Kooperationsabkommen, das das bisherige „Lomé-IV-Abkommen" bis Ende Februar 2000 ersetzen soll, von besonderer Brisanz.

Die Studie bleibt nicht bei der kritischen Analyse stehen, sondern formuliert auch Schlußfolgerungen für eine Reform der europäischen Nord-Süd-Politik. Dazu zählen unter anderem der Ausbau und die Bündelung der entwicklungspolitischen Kapazitäten der Kommission, die Stärkung des Europäischen Parlaments, das Eintreten für weitere Entschuldungsschritte auf EU-Ebene, die verstärkte Nord-Süd-Kooperation im Bereich sozialer Investitionen, die radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und die stärkere Berücksichtigung von Entwicklungszielen in der EU-Handelspolitik.

Eine erweiterte Fassung der Studie ist im November 1999 in englischer Sprache erschienen. Dieses Buch ent-

hält zusätzliche Kapitel zu Themen wie, Koordination der EU-Politik, Rolle europäischer NGOs, Investitionspolitik sowie zu den institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Kooperation zwischen den AKP-Staaten und der EU.

Die Studie in Deutsch kann bestellt werden bei WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn, Tel.: +49-228 766130, Fax: +49-228 696470, e-mail: weed@weedbonn.org.

Mirjam van Reisen: EU 'Global Player'. The North South-Policy of the European Union. Published by Eurostep, terre des hommes Germany, Transnational Institute and WEED. Utrecht: International Books, November 1999, 255 S. (ISBN 90 5727 0358). Bezugsadresse des englischen Buches: International Books, Alexander Numankade 17, 3572 KP Utrecht, The Netherlands. Fax: +31 30 273 36 14; E-mail: i-books@antenna.nl. Preis: NLG 59.95/ US$ 29.95 (+ Versandkosten NLG 10.00/US$ 7.50).

Jens Martens

Patrick Ziltener: Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1999 (272 S., Fr. 48.–)

Patrick Zilteners Studie beschäftigt sich mit der Veränderung von Staatlichkeit in Europa durch den europäischen Einigungsprozess. Das Buch ist zweigeteilt; der erste Teil befasst sich mit unterschiedlichen Theorieansätzen zur Analyse der europäischen Einigung. Ziltener versucht dabei, die Ansätze der französischen Regulationsschule und der Weltsystemtheorie für eine Theorie der Veränderung von Staatlichkeit im europäischen Integrationsprozess nutzbar zu machen. Der zweite Teil analysiert auf historisch-empirischer Basis den Wandel der Ziele und Methoden der europäischen Einigung von den Anfängen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 bis zur Europäischen Union der Gegenwart. Den „Strukturwandel der Integration" verortet der Autor im Übergang von wohlfahrtsstaatlich-fordistischen Konzepten der 50er und 60er Jahre zum schumpeterianischen Wettbewerbsstaat seit Mitte der 80er und quer durch die 90er Jahre.

Das Buch erinnert an den Ausgangspunkt des Integrationsprojekts der Europäischen Gemeinschaft: die geostrategischen Interessen der USA und die Interessen der europaorientierten Eliten in Frankreich, Westdeutschland, Großbritannien, Italien und den Beneluxstaaten. So manchen heutigen Ideologen der „westlichen Wertegemeinschaft" mag Zilteners nüchterne Beurteilung des damaligen „transatlantischen Elitenpakts" sauer aufstossen: „Zwei Fragen standen im Vordergrund, nämlich wie die Wirkung der US-Wirtschaftshilfe (des Marshall-Plans, K.D.) maximiert werden kann und wie die deutschen Ressourcen am besten für den Westen zu kanalisieren sind. (...) Albtraum der US-Amerikaner war ein in sich gespaltenes Westeuropa, dessen Volkswirtschaften und Staaten sich gegenseitig konkurrenzieren, statt die Bedingungen für einen ökonomischen Aufschwung zu schaffen und so mittelfristig die US-amerikanischen Kosten für die Europapolitik zu reduzieren." (S. 90) Schließlich ging es um die öko-

nomische Stabilisierung Westeuropas als Bollwerk gegen den „Sowjetblock" im Kalten Krieg.

Ziltener unterscheidet die „Methode Monnet" und die mit dem EG-Binnenmarktprogramm eingeleitete „wettbewerbsstaatliche Integrationsweise" als die beiden wesentlichen und konträren Entwicklungspfade der Europäischen Gemeinschaft seit Gründung der EWG. Die Methode Monnet verkörperte eine „Art aufgeklärtes Despotentum" (Jacques Delors) geistig unabhängiger europäischer „Gründerväter". Diese setzten allein auf eine passive Unterstützung der Bevölkerung zu Europa, nachdem sie in kleinen diplomatischen Zirkeln die Weichen gestellt hatten. Im Mittelpunkt stand laut Ziltener ein Projekt „keynesianisch-korporatistischer Staatlichkeit auf europäischer Ebene". Für gewichtig erachtete gesellschaftliche Interessengruppen wurden von den Entscheidern in den Regierungen bei der Aushandlung „europäischer Regime" ins Boot geholt, wohlfahrtsstaatliche Interessenkompromisse ausgehandelt und festgezurrt. Die ursprüngliche EG-Agrarpolitik sieht Ziltener als Paradebeispiel dieses Integrationsmusters. Sie „ist von wohlfahrtsstaatlichem Denken geprägt (Einkommenssicherung der Bauern als zentrales Ziel)". Sie „ging einher mit der Koordination, ja Fusion der Interventionssysteme der sechs Mitgliedstaaten auf hohem regulatorischem Niveau. Supranationale Instanzen übernahmen – unter Kontrolle der nationalen Regierungen – einen Großteil der Funktionen, die vorher von nationalen Apparaten ausgeübt wurden." (S. 113) Dem gleichen Muster folgten die Versuche, eine „europäische Wirtschaftsprogrammierung" bis hin zu einer indikativen Wirtschaftsplanung in den 60er und bis Mitte der 70er Jahre zu verankern (S.114ff). Sie scheiterten jedoch wesentlich am Widerstand Westdeutschlands, das sich einer „liberalen" Wirtschaftspolitik verpflichtet sah.

Unterschiedliche nationale Strategien zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise führten in den 70er Jahren weitgehend zur Renationalisierung der Wirtschaftspolitik. In der Zwischenphase bis Anfang der 80er Jahre wurde auf wirtschaftspolitischem Gebiet meist erfolglos herumlaboriert. Auf eine gemeinschaftlich kontrollierte und effizient durchgeführte keynesianische Globalsteuerung konnte man sich nicht verständigen. Die zuvor starke Position der Europäischen Kommission wurde relativiert. Viele Entscheidungen waren künftig durch einen langwierigen Aushandlungsprozess zwischen den Regierungen auf kleinstem gemeinsamen Nenner geprägt (Intergouvernementalismus). Das Binnenmarktprojekt kam Anfang der 80er Jahre nicht so recht aus den Startlöchern, weil sich die Mitgliedstaaten nicht über europäische Harmonisierungsregelungen und Standards einigen konnten.

"Der Wechsel von der Methode der Marktschaffung mittels Harmonisierung zu derjenigen der gegenseitigen Anerkennung nationaler Standards und die Ausdehnung der Marktschaffung auf neue Wirtschaftsbereiche, insbesondere die Finanzmärkte" brachte den entscheidenden Durchbruch für einen Strukturwandel der europäischen Integration hin zur „Wettbewerbsstaatlichkeit". Die neue Integrationsmethode beschreibt Ziltener wie folgt: „Starke und stringente Bindungen" der nationalstaatlichen Politik gibt es in bezug auf alles, was „Wettbewerb" beeinträchtigen könnte: das Verbot von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit des Kapitals, von Handelshemmnissen, nicht marktkonformen Regulierungen

des öffentlichen Beschaffungswesens etc. (...) Die innereuropäische Standortkonkurrenz führte zu einer zunehmenden Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten in den weitgehend nicht-vergemeinschafteten Bereichen der Steuer-, Sozial-, Tarif- und Umweltpolitik." (S. 202f) Verschärft wurde diese Entwicklung durch „die Durchsetzung monetaristischer Prinzipien in der Geldpolitik: der absolute Vorrang der monetären Stabilitätsorientierung, die völlige Unabhängigkeit der Zentralbanken, die Durchsetzung und langfristige Sicherung einer restriktiven Finanz- und Haushaltspolitik. (...) Die beiden Bereiche bindender Regulierungen haben zusammen ein historisch unvergleichliches Austeritätskorsett für Staatlichkeit in Europa zur Folge, wie es unter Bedingungen demokratisch-nationalstaatlicher Politik so kaum hätte zustande gebracht werden können." (S. 203)

Damit verändert sich auch die Funktion und Wirkungsweise staatlicher Politik: „Die europäische Integration während der 50er und 60er Jahre stärkte Staatlichkeit und damit auch Politik auf nationaler Ebene. Die neue Integrationsweise hat eine Stärkung – im Sinne einer relativen Erweiterung der Handlungs- und Gestaltungschancen – bestimmter Akteure und Schwächung anderer zur Folge, was auch auf die nationale Ebene durchschlägt. Die Wirkung kann insgesamt als *Fragmentierung* und *Diversifizierung* von Politik beschrieben werden, als Förderung des Übergangs zu wettbewerbsstaatlichen Formen und Inhalten von Politik. Ein Grundzug der Politik unter den neuen Bedingungen ist ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen politischen und ökonomischen Akteuren zugunsten der letzteren, sowohl auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene." (S. 204f) Jacques Delors' ursprüngliches Projekt, den europäischen Binnenmarkt durch ein „soziales Europa" mit hohen gemeinschaftlichen Sozialstandards einzuhegen, sieht Ziltener als klar gescheitert an.

Die Grundzüge des Strukturwandels der Integration zum „neuen Europa" hat Ziltener auf den Kerngebieten der Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik sorgfältig und klar herausgearbeitet. Zwei wichtige Aspekte der Veränderung von Staatlichkeit in Europa werden dagegen nur am Rande gestreift: die Innen- und Justizpolitik unter dem Stichwort „Festung Europa" und die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik unter dem Motto der „Selbstbehauptung Europas". Die demokratietheoretischen Implikationen von EUROPOL und des Schengener Abkommens werden eher kursorisch erwähnt. Ziltener hat die Arbeit zu seinem Buch schon 1997 abgeschlossen. Die mit brutaler Offenheit verkündete neue Gangart der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik seit dem Kölner EU-Gipfel vom Juni 1999 konnte er deshalb noch nicht auswerten. Die EU setzt nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien auf eine eigenständigere Rolle bei der militärischen Krisenbewältigung in ihrem Einflussbereich. Künftige Aktionen sollen auch unabhängig von den USA möglich werden. Dafür will sie ihre Kapazitäten in den Bereichen strategische Aufklärung, strategischer Transport und Streitkräfteführung ausbauen, die Rüstungsplanung und -beschaffung weiter harmonisieren, um mittelfristig eine den USA vergleichbare Kriegsführungsfähigkeit zu gewinnen. Die Westeuropäische Union soll zur Förderung dieser Prozesse ganz in der EU aufgehen. Dies ist der Anfang einer militärischen Ordnungsmachtpolitik der EU, die das bis-

herige Konzept der „Zivilmacht Europa“ endgültig abgelöst hat. Unter Gerhard Schröders Devise „Wir brauchen das neue Europa für die neue NATO und wir brauchen die neue NATO für das neue Europa“ schält sich der harte Kern jenes Euromilitarismus heraus, vor dem die Grünen in den 80er Jahren erfolglos gewarnt hatten.

Doch zurück zu Zilteners Studie. Der erste Teil des Buches diskutiert die Gesellschafts- und Integrationstheorien verschiedener Denkschulen in der Absicht, sie für eine Analyse des Wandels von Staatlichkeit in Europa nutzbar zu machen. Mit guten Argumenten kritisiert der Autor neo-funktionalistische und neo-institutionalistische Theorien der europäischen Integration und zeigt die analytischen Schwächen der aktuelleren Theorieansätze auf (dynamisches Mehrebenensystem; König/Rieger/Schmitt und Jachtenfuchs/Kohler-Koch). Ziltener bezieht sich konstruktiv auf Autoren der „Weltsystemtheorie” (I. Wallerstein, V. Bornschier) und auf neuere Staatstheorien (B. Jessop, J. Hirsch), die an die „französische Regulationsschule“ (Aglietta, Boyer, Lipietz u.a.) anknüpfen.[1] Allerdings vermisst Ziltener sowohl bei der Regulationsschule (S. 59/62) als auch bei der Weltsystemtheorie (S. 77) eine angemessene Konzeptualisierung der europäischen Integration. Weitere Einsichten verspricht er sich von Debatten über das „Verhältnis von globalem und nationalem Raum“ (S. 70f).

So bleibt am Ende der *tour d´ horizon* zu den verschiedenen Denkschulen das Postulat, dass eine europäische Staatstheorie eine „historisch genetische Theorie“ sein müsse, die „systematisch die Frage nach den Determinanten der (variablen) Form europäischer Staatlichkeit stellt” (S. 78). „Da viele Determinanten von Staatlichkeit diskontinuierlichem Wandel unterworfen sind, dürfte, so die These, dies auch bezüglich der europäischen Ebene von Staatlichkeit zu beobachten sein.“ (S. 81) Im Zentrum von Zilteneres Analysekonzept steht deshalb die Veränderung der „Integrationsweise”. Dagegen ist nichts einzuwenden. Allerdings ist die Forderung nach einer „historisch genetischen Theorie“ mit einem besonderen Blick für „diskontinuierlichen Wandel“ ein recht allgemeines und weitgehend unbestrittenes Postulat. Der starke Bezug auf Regulationsschule und Weltsystemtheorie aus dem ersten Teil des Buches bleibt für mich ohne stringente Verbindung zum zweiten, historisch-analytischen Teil. Ziltener hat die ihm verfügbaren historischen Fakten im zweiten Teil des Buches allerdings so aufbereitet, dass seine zentrale These vom „Strukturwandel der europäischen Integration“ aus dem empirischen Material heraus detailreich erhärtet wird. Das Buch ist allen wärmstens zur Lektüre zu empfehlen, die sich für Geschichte und Perspektiven der europäischen Integration interessieren.

Klaus Dräger

Anmerkung

1 Eine Globalkritik der Regulationstheorie liefern Robert Brenner und Mark Glick in ihrem Aufsatz „The Regulation Approach – Theory and History”, New Left Review 188, July/August 1991. Eine alternative Erklärung der Krisenentwicklung des globalen Kapitalismus versucht Robert Brenner:

"Turbulence in the World Economy" (London 1999). Im deutschen Sprachraum haben u.a. Peter Strutynski „Die Legende vom Postfordismus" (Blätter für deutsche und internationale Politik 6/96) und Michael R. Krätke: „Nach 20 Jahren – Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Perspektiven der Linken" (Sozialistische Politik und Wirtschaft, spw, Heft 2 und 3/99) begründete Zweifel an der Erklärungskraft der Regulationstheorie angemeldet.

Margit Köppen: Strukturelle Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften. Ein Gegenentwurf zur Standortkonkurrenz. Metropolis-Verlag, Marburg, 1998 (261 S., 58 DM).

Die Ökonomin Margit Köppen liefert eine solide ökonomietheoretische Fundierung dessen, was der sozialdemokratische Ex-Finanzminister Oskar Lafontaine irgendwie anstrebte, aber nicht zu vermitteln wußte: die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, ohne das Ausland bzw. den nicht-olympiareifen Teil der heimischen Bevölkerung zu schädigen. Der gängigen Vorstellung, Wettbewerbsfähigkeit könne allein durch die rigorose Anpassung an die billiger produzierende Weltmarktkonkurrenz gesichert werden, und der Kritik führender Außenwirtschaftstheoretiker (vor allem Paul Krugman) am neomerkantilistischen Wettbewerbsdenken setzt Köppen ihr eigenes Konzept entgegen. Strukturell wettbewerbsfähig ist eine Volkswirtschaft, wenn es ihr gelingt, „ihre zentralen wirtschaftspolitischen Ziele, vor allem Einkommens- und Beschäftigungswachstum, zu realisieren, ohne in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten" (S. 10). Dieses Ziel kann laut Köppen erreicht werden, wenn nicht allein die technologische Innovationsfähigkeit gestärkt, sondern auch die heimische und internationale Nachfrage mittels koordinierter Wirtschaftspolitik und Wechselkurszielzonen gesichert wird.

Bei der Begründung dieser These geht sie bewußt eklektisch vor. Mit Hilfe der evolutionstheoretischen Innovationsforschung arbeitet sie technologische Innovationsfähigkeit mit ihren systemischen und pfadabhängigen Eigenschaften als Ursache internationaler Einkommensunterschiede heraus. Stilles, personengebundenes Erfahrungswissen sei einer der wichtigsten Gründe dafür, daß technologische Unterschiede zwischen Ländern lange bestehen könnten. Vorteile bei Lohnstückkosten wirkten deshalb nur in den durch sektorspezifische Technologiedifferenzen gesetzten Grenzen.

Vermittels postkeynesianischer Ansätze zeigt Köppen den Zusammenhang von technologischen Lücken zwischen Volkswirtschaften, exportorientierter Entwicklung und Wachstumsunterschieden auf. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie vermieden werden kann, daß eine nichtpreisliche, technologiegetriebene Wettbewerbsstrategie nicht zu Lasten des Auslands geht. Die orthodoxe Antwort der monetären Außenwirtschaftstheorie, dies sei nur mittels flexibler Wechselkurse möglich, lehnt sie mit dem auch theoretisch begründeten Nachweis ab, daß diese dauerhafte Leistungsbilanzüberschüsse (bzw. Defizite) nicht verhindert hätten. Sie setzt vielmehr auf Zielzonen für das

Wechselkursgefüge und auf Stärkung des inländischen Wachstums. Das durch Leistungsbilanzüberschüsse sich ergebende Wachstumspotential sollte ausgenutzt werden, wobei durch den damit einhergehenden Abbau der Überschüsse auch das Ausland am eigenen Wachstum beteiligt würde.

Auf der Basis des regulationstheoretischen Ansatzes argumentiert sie schließlich für eine Reintegration nationaler Produktions- und Konsumtionsnormen. Da inländisches Wachstum durch Rationalisierungsstrategien gebremst sei, bedürfe es einer Mobilisierung neuer Quellen der Binnennachfrage, sprich einer neuen Konsumtionsnorm.

So überzeugend auch ihre Auseinandersetzung mit der herrschenden Außenwirtschaftstheorie und der auf Lohnkürzungen setzenden neoliberalen Marktorthodoxie ausfällt, so weicht Köppen den Implikationen eines von ihr selbst beschriebenen Trends aus. Die größere Kodifizierbarkeit von Information bewirke, „daß kumuliertes stilles Wissen in den Industrieländern relativ an Bedeutung verliert und mehr Länder als bisher in den Kreis der Empfängerländer von Investitionen einbezogen werden" würden (S. 246). Da Deutschland Exporterfolge im wesentlichen im Bereich mittlerer Technologie verzeichnet, könnte somit der Kosten- und Preiswettbewerb zunehmen. Nachdem durch das auch selbstverschuldete Scheitern von Oskar Lafontaine als deutscher Finanzminister die Verwirklichung internationaler Koordination wieder weiter in die Ferne gerückt ist, sind überzeugende Antworten auf den Kostenwettbewerb der Standorte um so notwendiger denn je.

Christoph Scherrer

Kurt Hübner: Der Globalisierungskomplex. Grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik? Edition Sigma Berlin 1998 (378 S., DM 44.–)

Hübners Buch differenziert auf der Basis zahlreicher empirischer Untersuchungen den Begriff „Globalisierung" aus. Globalisierung ist demnach primär im ökonomischen Kontext anzusiedeln. Sie stellt aber nicht einfach ein quantitatives Phänomen von Wirtschaftswachstum dar, sondern ist ein auf quantitative und qualitative Veränderungen im ökonomischen und sozialen Bereich sich beziehender Prozess. Rein quantitativ lässt sich Globalisierung mit der Internationalisierung der Wirtschaft des Golden Age vor dem Ersten Weltkrieg vergleichen, von der qualitativen Seite her dagegen ist Globalisierung als stärkere Vernetzung und Vertiefung von kapitalistischen Marktbeziehungen über den Aufbau von transnationalen Firmen- und Branchennetzwerken zu verstehen. Globalisierung ist ein Prozess spontaner, marktgeleiteter und mikroökonomisch induzierter Verflechtungsstrategie. Die Öffnung nationaler Volkswirtschaften und die Liberalisierung internationaler ökonomischer Transaktionen werden jedoch nicht von der äquivalenten globalen Einbettung in ein Regulationsregime begleitet.

Paradebeispiel ökonomischer Globalisierung sind für Hübner die sich fortschreitend integrierenden Geld-

und Kapitalmärkte, die seit der Dekonstruktion des Bretton-Woods-Systems über Futures- und Options-Transaktionen in der Geschichte internationaler Finanzbeziehungen einzigartige Steigerungsraten zu verzeichnen hatten: Diese Geld- und Kapitalmärkte konzentrieren sich vornehmlich auf die OECD-Ökonomien, was ihren globalen Charakter stark relativiert. Eine offene Frage ist für den Autor, wie weit sich die Nettoprofite von derivativen Geschäften von der produktiven Ökonomie abgekoppelt haben; noch entscheidender die Fragen, welche Auswirkungen die globalen Transaktionen auf Wechselkurse, nationale Geldpolitik und den realwirtschaftlichen Sektor der Weltwirtschaft haben.

Die Globalisierungsdaten bei Hübner (bis Ende 1997) erlauben es nicht, von einem globalen Arbeitsmarkt im unmittelbaren Sinne zu sprechen: Ende der achtziger Jahre betrug die Migrationsquote der Weltbevölkerung gerade einmal 1,5 Prozent. So nahm auch die internationale Arbeitsmobilität zwischen den entwickelten Ökonomien ein bescheidenes Ausmass an.

Im Zeitalter der Globalisierung haben die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung ihre Anteile am Welteinkommen seit 1960 markant gesteigert. Für eine nur ganz kleine Gruppe ist ein positiver Zusammenhang zwischen Globalisierung und Pro-Kopf-Einkommen festzustellen. Die rentenorientierte Haltung vieler Finanzakteure bewirkt namentlich für die dominanten Volkswirtschaften suboptimale Akkumulationsmöglichkeiten. Die betroffenen Staaten könnten aber auf riskante Transaktionen mit einschränkenden Massnahmen wie der Tobintax reagieren!

Hübners vorläufige Schlussfolgerung aus seinen empirischen Befunden lautet: Globalisierung kann nicht vorschnell mit einer Theorie bewertet werden. Angebracht wäre höchstens eine Middle-range-Theorie, deren Bausteine erst noch zu entwickeln wären. In Anlehnung an M. Castells (The Informational Economy and the New International Division of Labor, 1993) hält Hübner nun vier Merkmale des Globalisierungsprozesses fest: Abhängigkeit der Produktivität von wissenschaftlicher Erkenntnis, Rückgang der materiellen Produktion zugunsten informationsverarbeitender Aktivitäten, Übergang von der fordistischen Produktionsweise zur flexiblen Spezialisierung und technologischer Umbruch als Kontext dieser Entwicklungen.

Einen Hauptakzent seiner Untersuchung legt der Autor auf die Analyse ausländischer Direktinvestitionen, da diese grenzüberschreitenden Transaktionen seit den achtziger Jahren durch verschiedene „deep-integration"-Strategien massgeblich zur Entwicklung einer globalen Produktion beigetragen haben. Ein international integriertes Produktionssystem bildet aber das Epizentrum des von Hübner entwickelten Globalisierungskonzeptes. In den achtziger Jahren wuchsen die ausländischen Direktinvestitionen jährlich um 30 Prozent. Die sie tätigenden verantwortlichen Transnationalen Konzerne mit ihren rund 265000 Filialbetrieben produzieren rund ein Drittel des Weltsozialprodukts!

Allerdings konzentrieren sie ihre Aktivitäten vornehmlich in den hochindustrialisierten OECD-Staaten: 1995 beispielsweise beliefen sich die Outflows ausländischer Direktinvestionen für die Industrieländer auf 270,5 Milliarden US-Dollar, auf 47 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungsländer und lediglich 300 Millionen US-Dollar für die mittel- und osteuropäischen Staa-

ten! Von den Outward-Beständen fallen sogar 96 Prozent auf die entwickelten kapitalistischen Staaten. Dabei zog die EU im Sog des Binnenmarktprojekts 1991/93 fast 60 Prozent aller OECD-inward-Ströme an! So erhellt eine empirische Analyse der Direktinvestitionsflüsse, dass erstens deren Dynamik vorwiegend auf die Triade-Ökonomien der EU, der USA und Japans fokussiert und dass sich zweitens die Triademitglieder durch Verdichtung der Direktinvestitionsbeziehungen regionale Räume „zugelegt" haben, nach Hübner eine „Verdreifachung des berühmten Hinterhofkonzepts der USA"!

Im zweitletzten Kapitel werden aufgrund zahlreicher empirischer Analysen die Wirkung von Globalisierungsprozessen auf Arbeitsmärkte und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten diskutiert. Hier hält Hübner fest, dass die Migration aus Niedriglohn- in Hochlohnökonomien den Unternehmen die Möglichkeit des Lohndumping bietet, so dass namentlich weniger qualifizierte Arbeitskräfte der OECD-Staaten in die Arbeitslosigkeit abgedrängt werden können. Produktionsauslagerungen können tendenziell negative Beschäftigungseffekte für inländische Abeitskräfte nach sich ziehen.

Handlungsspielräume für die Gewerkschaften sieht der Autor in grenzüberschreitender Zusammenarbeit, in der Anpassung nationaler Arbeitsmarktinstitutionen an die veränderte ökonomische Konstellation und in der Forcierung einer effizienten staatlichen Beschäftigungspolitik in Form der Mitgestaltung der Währungspolitik.

Schliesslich: Wie soll die Politik auf die Dominanz der globalisierten Ökonomie reagieren? Vorerst ist festzuhalten, dass neben deterritorialisierten Produktionssystemen nach wie vor auch territorialisierte existieren. Integrationsprozesse - wie beispielsweise jener der EU - können wohl zu nationalstaatlichen Souveränitätsverlusten führen, aber auch neue Regulationszusammenhänge über supranationale Institutionen kreieren. Spezifische nationale Entwicklungsmodelle vermögen nach Hübners Einschätzung die unbegrenzte Kapitalmobilität einzuschränken. In der Kombination einer gewissen Abschottung nationaler Märkte mit konstruktiver internationaler Kooperation zwecks supranationaler Regulierung global mobiler Ressourcen sieht er eine notwendige politische Reaktionsweise auf Globalisierungsprozesse. Denn: „Wenn einer entgrenzten Ökonomie eine zunehmende begrenztere Politik gegenübersteht, dann sind die Fundamente von Demokratie, moderner Sozialstaatlichkeit und von Gesellschaftsvertrag bedroht" (S. 354).

Markus Holenstein

Initiativen eingereicht

„Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst" und „Für eine Schweiz ohne Armee": Mit 113'496 resp. 110'842 gültigen Unterschriften sind die beiden Initiativen am 10. September eingereicht worden. Möchten Sie mehr wissen?

☐ Ich möchte ein Gratis-Abo der GSoA-Zitig.
☐ Ich möchte gratis ein Argumentarium der beiden Initiativen „Für eine Schweiz ohne Armee" und „Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst".

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), Postfach 324, 4127 Birsfelden, Tel. 061/373 92 59, Fax 061/313 09 95, E-Mail: gsoa@gsoa.ch

Andreas Missbach: Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen. Westfälisches Dampfboot, Münster 1999. (377 S., Fr. 44.50)

Bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro schien sich in den Beziehungen zwischen Nord und Süd ein deutlicher Klimaumschwung anzukündigen. Alles sollte gut werden. Im Begriff der nachhaltigen Entwicklung wurde zum einen die Generalisierbarkeit des industriellen Wachstumsmodells des Nordens prinzipiell in Frage gestellt und zum anderen den Entwicklungsländern ein Ökobonus eingeräumt. Sie könnten dem Entwicklungspfad der Industrieländer nicht ohne weitreichende negative Auswirkungen auf das globale Ökosystem folgen und bräuchten folglich die Unterstützung der Industrieländer. Die Industrieländer, in denen von rund einem Viertel der Menschheit drei Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase erzeugt werden, hätten ihrerseits ein Interesse daran, daß sich die Klimakatastrophe nicht weiter zuspitzt. Gemeinsames Handeln war also angesagt.

Doch die Interdependenzen globaler Umweltprobleme führten nicht, wie oftmals angenommen wird, zu den erforderlichen, international koordinierten Gegenmaßnahmen. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls der Historiker und Soziologe Andreas Missbach in seiner Studie zur internationalen Klimapolitik. Die zentrale Frage, die er in seiner Arbeit aufwirft, nämlich ob sich in diesem Politikbereich ein neues Verhältnis zwischen Nord und Süd abzeichnen würde, wird eindeutig verneint: „Im Verhandlungsstil und im Kräfteverhältnis zwischen Nord und Süd konnte kein struktureller Wandel festgestellt werden" (S.282).

In seiner historisch-empirisch angeleiteten Untersuchung geht er nicht von der Globalität der Probleme aus, die, so der funktionalistische *Mainstream*-Diskurs, zwangsläufig zu gemeinsamen Lösungsanstrengungen führen müßten, sondern durchleuchtet das *alte* Verhältnis des Nord-Süd-Konflikts (S.18). Erst auf der Grundlage der Einblicke, die er auf diese Weise über die gewachsenen Grundkonstellationen zwischen Nord und Süd gewinnt, zeichnet er die Realitäten in der internationalen Klimapolitik nach. Da der eigentliche Kern der Treibhausgasproblematik im Industrialisierungsmodell des Nordens gesucht werden muß, setzt er außerdem voraus, daß die internationale Klimapolitik nicht losgelöst von wirtschaftlichen Prozessen betrachtet werden kann (S.27).

Aus diesem Grund, und wegen des Mangels an alternativen Theorieangeboten, greift er für den theoretischen Rahmen seiner Untersuchung auf die Regulationstheorie zurück und wendet diese, obgleich sie für die Analyse nationaler Ökonomien konzipiert wurde, auf die internationale Arena an. Er fragt nach der Art und Weise, wie die Konflikte und Widersprüchlichkeiten der kapitalistischen Ökonomie in der internationalen Klimapolitik reguliert werden. Der Ausgang seines Projektes bleibt also im Gegensatz zur oftmals angewandten Regimeanalyse offen. Die Regimetheorie vernachlässige seiner Ansicht nach die ökonomische Basis der Probleme, gehe von formalen, modellhaften Annahmen aus und unterstelle, daß aus den globalen Problemen zwangsläufig die erfolgreiche internationale Kooperation folge (S.42, 46). Strukturelle Aspekte der Macht

würden so aus dem Blickfeld geraten (S.49).

Aber gerade die Interessen der machtvollen Akteure, allen voran diejenigen der USA, hätten sich in den Verhandlungen durchgesetzt. Zum Beleg hierfür vergleicht Missbach den Entwurf der Klimarahmenkonvention vom 19.12.1991, in dem noch alle Positionen der einzelnen Ländern festgehalten waren, mit dem Endprodukt, das bei der UNCED-Konferenz 1992 unterzeichnet wurde. Auf diese Weise kann er deutlich machen, daß die Entwicklungsländer erhebliche Abstriche machen mußten. So taucht das anfänglich erwähnte „Recht auf Entwicklung" nicht mehr auf. Auch die von den Entwicklungsländern geforderte „Vorleistungspflicht der Industrieländer" war verschwunden. Ebensowenig hätten die vielfach geäußerten Forderungen der Entwicklungsländer nach einem verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld und der Thematisierung der Verschuldungsproblematik keine Realisierungschancen gehabt. Die Entwicklungsländer hätten allerdings ihr Vetorecht einbringen können und sich erfolgreich gegen die „Nachhaltigkeitspflicht" gesperrt, die ihnen von den Industrieländern zugeschrieben werden sollte (S.163f.).

Verschiedene Instrumente wie der Technologietransfer durch eine gemeinsame Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen *(joint implementation)* oder die Finanzhilfe werden zwar in der Klimarahmenkonvention von 1992 und dem Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 erwähnt. Beide Mechanismen, die auch in den 70er Jahren im Zusammenhang mit den Debatten über eine neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) eine Rolle spielten, seien bisher aber nicht konkretisiert bzw. verbindlich festgeschrieben worden. Die Ausstattung der Globalen Umweltfazilität (GEF), aus der Projekte für den Klimaschutz finanziert werden, sei zu gering und darüber hinaus alleine vom *good will* der Industrieländer abhängig. Zwar würden im Kyoto-Protokoll verbindliche Reduktionsziele von im Durchschnitt 5 Prozent genannt, die die Industrieländer zwischen 2008 und 2012 gegenüber dem Stand von 1990 zu erfüllen hätten. Mechanismen für die Sanktionierung von Nicht-Erfüllung würden aber fehlen (S. 267f.).

Ein wesentlicher Unterschied zu den Debatten über eine NWWO sei gewesen, daß die Entwicklungsländer mit weniger homogenen Positionen aufgetreten seien. Zwar hätten sie wichtige Bestandteile und die Rhetorik der damaligen Debatten aufgegriffen, es sei aber nicht zu einer Neuauflage des offensiv-konfrontativen Klimas der siebziger Jahre gekommen. Darüber hinaus hätten zum ersten Mal Länder des Südens (mit jeweils speziellen Beziehungen zu den USA) die Marktsteuerung gegenüber der internationalen Regulation vorgezogen (S.264f.). Den Grund für die gemäßigtere Haltung der Entwicklungsländer sieht Missbach darin, daß die Entwicklungsländer keinesfalls über eine „Umweltwaffe" verfügen würden. Den Entwicklungsländern sei es durch die „Ölwaffe" im Kontext der Ölpreiskrise gelungen, die NWWO zu einem dominierenden Thema zu machen. Der Klimawandel habe aber (noch) keine direkten ökonomischen Auswirkungen auf die Marktwirtschaften der Industrieländer. Auch fehle vielen Entwicklungsländern auf lange Sicht hin das Drohpotential, da ihre Emissionen relativ gesehen unbedeutend bleiben würden, auch wenn sie dramatisch anstiegen (S.267).

Aus verschiedenen Gründen hat die empirisch fundierte Arbeit von Miss-

bach wichtige Erkenntnisse geliefert, indem er die Klimapolitik einerseits im historischen Kontext des Nord-Süd-Konfliktes betrachtet und andererseits den konfliktiven Verhandlungsprozeß analysiert, in dem die Klimadokumente zustande kamen. So konnte er den Nachweis erbringen, daß die unzureichenden Ergebnisse der bisherigen Klimaverhandlungen in erheblichem Maße von den USA im Verbund mit anderen Ländern und von wirtschaftlichen Interessen beeinflußt waren. Ein Umsteuern in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung, die die Abkehr von der auf fossilen Energieträgern beruhenden Produktions- und Konsumtionsweise in den Industrieländern erfordern würde, wurde folglich nicht eingeleitet.

Stattdessen folgt die Problembearbeitung in den nunmehr zehnjährigen Klimaverhandlungen den Konfliktlinien zwischen Nord und Süd, wie sie bereits aus den 70er Jahren bekannt sind. Die Entwicklungsländer beharren auf der Notwendigkeit einer nachholenden, wachstumsinduzierten Entwicklung, fordern größere finanzielle Unterstützung und den Technologietransfer. Die Industrieländer hingegen sind zur Verteidigung ihrer Produktions- und Konsumtionsstandards angetreten, ohne eine größere Bereitschaft zu Konzessionen an den Süden zu zeigen. Die oft vertretene Auffassung, wonach das Verhandlungsgewicht *(bargaining leverage)* der Länder des Südens gestiegen sei, und dies in der Folge zu gleichberechtigteren Beziehungen mit dem Norden geführt hätte – davon kann keine Rede sein.

Optimistische Annahmen, wonach aus den erfolgreichen Verhandlungen über ein Ozonregime auf einen analogen Verlauf der Klimaverhandlungen geschlossen werden könnte, oder weitreichende Hoffnungen, nach denen gerade aufgrund von globalen Umweltproblemen und daraus abgeleiteten Interdependenzen neue Formen internationaler Strukturpolitik entstehen müßten (siehe das Konzept *global governance*), werden enttäuscht. Es wird vergessen, dass die Treibhausproblematik komplexer, die Implikationen unüberschaubarer, die Interessen disparater und widersprüchlicher und die sozio-ökonomischen Auswirkungen *wirklicher* Lösungen wesentlich gravierender sind. Daß sich die fossilistischen Kräfte aus den USA, anderen Industrieländern, den OPEC-Staaten oder der Erdölindustrie weitreichenden Klimaschutzmaßnahmen auch weiterhin verschließen werden, ist eine ökologische Katastrophe. Darüber, so wird in der Studie von Andreas Missbach deutlich, kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß international verhandelt wird.

Achim Brunnengräber

Solidaritätsfonds
für soziale Befreiungskämpfe
in der Dritten Welt

SOLIFONDS

Postfach, 8031 Zürich
Tel. 01 - 272 60 37
Fax 01 - 272 11 18

www.solifonds.ch
mail@solifonds.ch

Heiner Busch: Polizeiliche Drogenbekämpfung – eine internationale Verstrickung. Westfälisches Dampfboot, Münster 1999 (310 S., 48.– DM)

Die gesetzlichen Befugnisse der Polizei hörten bislang meistens an der Grenze auf. Internationale Ermittlungen waren an aufwändige und zeitraubende Rechtshilfegesuche gebunden. Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft kommt es für die internationale Polizeizusammenarbeit zu einem enormen Aufschwung. „Wirtschaftskriminalität" und „Organisiertes Verbrechen" sind die Schlagworte, die vorgeben, dass die nationalstaatliche Souveränität relativiert wird. Dazu haben die Polizeiorganisationen verschiedener Länder allerdings schon seit längerer Zeit in einer Art von Selbstermächtigung die Grundlagen gelegt. Exemplarisch zeigt sich dies bei der Durchsetzung der Drogenprohibition. Der Politologe und Polizeiexperte Heiner Busch beschreibt diese Entwicklung in seinem Buch „Polizeiliche Drogenbekämpfung – eine internationale Verstrickung".

Busch verfolgt diese Verstrickung bis zu den Anfängen in den sechziger Jahren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Verhältnisse in Europa – die in der drogenpolitischen Bekämpfungsstrategie führende USA streift der Autor nur am Rande. Drei Elemente sind für die polizeiliche Drogenbekämpfung von Bedeutung:

Nach den ersten exotischen Begegnungen mit Drogen in den sechziger Jahren (GIs, Gastarbeiter und Gammler) entstanden rasch theoretische Modelle des Drogenhandels, die diesem einen hohen Organisationsgrad bescheinigten. Daran schloss sich schon bald die aus den USA importierte Debatte über das „Organisierte Verbrechen" an. Damit verbunden war eine Ausdehnung der Ermittlungen ins Vorfeld der Straftaten. Gleichzeitig gerieten die nationalen Grenzen für polizeiliches Handeln ins Wanken. Der „gemeinsame kriminalgeogaphische Raum Europa" schuf aber nicht nur die Voraussetzung für die transnationale Drogenbekämpfung. Dieses Konstrukt bildete auch die ideologische Grundlage für eine Strategie der repressiven Asylpolitik.

Die internationale Zusammenarbeit wurde institutionalisiert. Ausdruck dieser Entwicklung sind eine Vielzahl internationaler Abkommen, die Busch im zweiten Teil des Buches beschreibt. Dabei spielte das Drogenkontroll-System der Uno eine wichtige Rolle, schuf es doch die Voraussetzung dafür, dass die Prohibition weltweit durchgesetzt werden konnte. Seit 1991 sind alle Tätigkeiten der UNO im Rahmen der Drogenbekämpfung im UNDCP (United Nation Drug Control Program) zusammengefasst. Wichtig in den Anfängen waren auch Interpol und die Weltorganisation für das Zollwesen. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre gewann aber die europäische Kooperation an Dynamik. Mit dem Abkommen von Schengen und der Europol erreichte das Europa der Polizeien eine neue Stufe der Verdichtung.

Parallel zum institutionellen Rahmen wuchs die Ermittlungskooperation. Vieles bleibt mangels präziser Unterlagen bruchstückhaft. Zwei Bereiche sind aber von besonderem Interesse: Datenaustausch und Datenverarbeitung sowie die grenzüberschreitenden Polizeioperationen. Beides hat eine besondere Funktion in der Bekämpfung des Drogenhandels. Will die Polizei nicht nur „kleine Fische" fangen, ist sie auf verdeckte Methoden und systematische Informationsauswertung angewiesen. In diesem Zusammenhang stieg der internationale Datenaustausch gewaltig an.

Es gibt aber auch eine deutliche Zunahme bei Observationen, beim Einsatz „Verdeckter Ermittler“ und bei „Kontrollierten Lieferungen“. Längst hat sich die Zusammenarbeit etabliert. In den meisten transnationalen Polizeigremien laufen sich immer wieder die gleichen Leute über den Weg. So entsteht ein enges Netz von hilfreichen informellen Verflechtungen.

Pannen mit getürkten Lieferungen oder mit eingeschleusten Ermittlungsbeamten, die die Seite wechseln, können die Öffentlichkeit zwar kurze Zeit irritieren. Der wirkliche Skandal bleibt aber weitgehend unbeachet: Das Europa der Polizeien hat die nationalen Kontrollgremien teilweise ausgehebelt, ohne dass internationale Kontrolle an ihre Stelle getreten wäre.

Busch fügt sein minutiös recherchiertes Bild der internationalen Polizeikooperation aus zahlreichen Puzzle-Teilen zusammen. Dabei wird deutlich, dass die Polizei bereits frühzeitig auf internationale Vernetzung setzte. Ihren Kadern schwebt inzwischen ein weltweiter Verbund ähnlich ausgebildeter und ausgerichteter Polizeiorganisationen vor. Die einst nationalstaatlichen Institutionen werden zu einem supranationalen Komplex. Ihr Operationsraum kennt keine Grenzen mehr. Das gilt nicht nur für die Bekämpfung des Drogenhandels.

Johannes Wartenweiler

Wolfgang Fritz Haug: Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Argument-Verlag Berlin-Hamburg, 1999 (220 S., DM 34.80)

Es scheint, als sei der Linken mit der „Krise“ des Staates und bedingt durch die unermüdlichen Angriffe der marktradikalen Rechten auf den „Wohlfahrtsstaat“ oder den „nanny state”, wie er spöttisch von James Buchanan und Edwin Feulner genannt wird, und als Folge der kontinuierlichen Propaganda der gleichsam naturgesetzmässigen Zwänge der „Globalisierung“ die Politik schlechthin abhanden gekommen. Wo die europäische Linke die Regierungsmacht innehat, spielt sie zumeist auch die Hüterin der „Konvergenzkriterien“ und treibt den technokratischen Expertenkult weiter voran. Was aber Politik bedeutet, diese Frage bleibt dabei aussen vor. Genau hier liegt der Ansatzpunkt, den Wolfgang F. Haug mit seinem Buch herausarbeiten möchte.

Die inflationär verwendeten Begriffe übernimmt Haug nicht als scheinbar neutrale oder gar wissenschaftliche, sondern verortet sie historisch und sozial. Statt von der Globalisierung tout court zu sprechen, wird sie als „neoliberale Politik“ bestimmt. Gleiches gilt von der „Zivilgesellschaft”: Hier bewegt er sich zwischen den Diskursen der marktradikalen Rechten, für die die utopistische Formel „Marktwirtschaft + Zivilgesellschaft = Staat“ heisst, und linken Kritiken, für die der Begriff schlicht zum hilflosen, realitätsfernen Gerede gehört. Stattdessen wird der Begriff historisch rekonstruiert: „Ohne Geschichtsbewusstsein ist durch das Sprachlabyrinth nicht hindurchzufinden.“ (S. 52)

Im Kapitel „Wider den Neoliberalismus – aber wie?“ beschäftigt sich Haug mit der Problematik, die der Neolibera-

lismus für „linke Politik" bedeutet. Zunächst wird der „unbekannte Gegner" betrachtet. Seit Mitte der achtziger Jahre erleben wir Proteste von Gruppen, die sich gegen die „Folgen der 'Privatisierung' und 'Deregulierung'" richten: „In den öffentlichen Einrichtungen der Bildung und Gesundheit, des Sports und der Kultur, der Sozialfürsorge und des Nahverkehrs usw. multiplizierten sich die Schliessungen und Entlassungen, gegen die mehr oder weniger kleine Gruppen ihren verzweifelten Widerstand auf die Strasse trugen." (S. 172) Anderswo gingen Mütter und Kinder auf die Strasse, um gegen die Schliessung von Kindertagesstätten zu protestieren, oder streikten Arbeitende gegen die Schliessung von Fabriken oder die Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auffällig ist, dass all diese Aktionen voneinander isolierte erfolgten. Die protestierenden Gruppen „realisierten nicht, dass sie auf je unterschiedliche Weise unter den Folgen ein und derselben Politik litten. [...] In der Wirklichkeit bestand ein Zusammenhang, der in den Köpfen nicht hergestellt wurde." (S. 173) Es waren dann vor allem die Zapatistas, die die „Pandorabüchse" mit Neoliberalismus benannten. Mit Pierre Bourdieu benennt Haug einen zentralen Punkt des Neoliberalismus: Er ist „ein *Programm der methodischen Zerstörung von Kollektiven*" (S. 178, übers. von B.W.).

Es ist aber kein Leichtes, gegen den Neoliberalismus zu kämpfen. Mit einer „Generalabsage an 'den Kapitalismus' als solchen", der den Antagonismen keine Aufmerksamkeit mehr schenkt, ist es nicht getan, denn was es benötigt, ist „Kompetenzzuwachs der Linken in ihren verschiedenen Strömungen". Drei Erkenntnisse sind von entscheidender Bedeutung: In den „Chimären oder gar Scharlatanerien" der „schimmernden Chancenbilder", die die „Jünger des Neoliberalismus" präsentieren, gilt es erstens „die Körnchen Wahrheit anzunehmen". Das sind Initiative, Beweglichkeit, leidenschaftliche Selbstbefähigung und anderes; es ginge also zweitens, um Anatolji Butenko weiterzudenken, auch um eine Politik des subjektiven Faktors. Zentrales Element bildet aber die „Reartikulation der gesellschaftlichen Arbeit", die nicht mehr die des männlichen Ernährers sein kann, sondern die durch die Geschlechterverhältnisse strukturierten Betreuungs- und Pflegearbeiten umfassen muss.

„Es reicht nicht, die neoliberalen Idole zu stürzen. Die neoliberale Hegemonie des 'Marktes' kennt kein Allerheiligstes, es gibt keine hegemoniale Festung ihrer symbolischen Ordnung, (...) keine gedankliche Bastille oder einen programmatischen Winterpalast, die kritisch gestürmt werden könnten. Die Antwort muss die Vielfältigkeit und Flexibilität der neuen Akteure und Handlungsmuster einbeziehen. Die einfache Umdrehung der Rezepte stützt die neoliberale Hegemonie, statt sie zu stürzen." (S. 187)

Bernhard Walpen

Christian Marazzi: Fetisch Geld. Wirtschaft, Staat, Gesellschaft im monetaristischen Zeitalter. Rotpunktverlag, Zürich 1999 (224 S., Fr. 37.–)

Während diejenigen Linken, die sich noch nicht zur „Neuen Mitte" zählen, die Unmoral der Profiteure der Globalisierung geisseln und auf das Platzen der spekulativen Blase (bubble economics) an den internationalen Börsenplätzen warten, sonnen sich die neoliberalen Schönfärber im Glanz des „new paradigm", mit welchem nun endgültig der Einzug ins Paradies einer inflationsfreien Wachstumswirtschaft geschafft sei (vgl. Martin Wolf, „Not so New economy", Financial Times, London, 4. August 1999). Das weltwirtschaftliche Geschehen der letzten zwanzig Jahre bestätigt die Vorurteile aller Seiten und lässt sie gleichzeitig ratlos. Die klassische marxistische Ökonomie scheint sich angesichts des rasenden Konzentrationsprozesses des Kapitals zwar in ihrer Analyse bestätigt zu sehen, vermag aber zugleich keine überzeugende Antwort auf die Frage zu geben, warum das „globale Finanzsystem" Schläge wie die Asienkrise 1997 überhaupt noch überlebt. Auf der andern Seite hat die monetaristische Theorie im Augenblick des Triumphes über den Keynesianismus in der wirtschaftspolitischen Praxis ihr Debakel hinnehmen müssen, als die Zentralbanken von der Geldmengensteuerung zur doch eher traditionellen Zinsschraube zurückgekehrt sind.

Das Versagen der alten Erklärungsmuster führt Christian Marazzi in seinem neuen Buch „Fetisch Geld", welches 1998 in italienischer Sprache unter dem Titel „E il denaro va" erschienen ist, auf bisher zu wenig beachtete Änderungen in den Grundlagen der herrschenden Produktionsweise zurück. Das Spannende in seiner Analyse ist nicht zuletzt ihre unvoreingenommene Auseinandersetzung mit den neuen Realitäten, die sich in den neunziger Jahren immer deutlicher manifestiert haben. So legt Marazzi im Kapitel „Die Derivatenrevolution" dar, weshalb die derivativen Instrumente, die für die moralische Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus den Inbegriff des Spekulantentums darstellen, zum unverzichtbaren Kernbereich des Finanzsystems gehören. Aber Marazzi ist deswegen kein Apologet des „Kasinokapitalismus"; im Gegenteil, seine Analyse ist sozusagen „historisch-materialistisch" fundiert. Er begreift das globale Finanzsystem, dessen relative Autonomie er aber keineswegs bestreitet, als „Überbau" eines gewandelten Kapitalismus, dessen Hauptmerkmal die Produktivitätsrevolution im Industriesektor ist. Der Rückgang der Inflation, so Marazzis These vom „Wachstum ohne Inflation" (S.10), ist nicht eine Folge einer besonders effizienten Zentralbankenpolitik, sondern eben Ausdruck von strukturellen Veränderungen in der produktiven Basis selbst.

Marazzi scheint sich also in diesem Punkt mit den Verfechtern des „new paradigm" wie Wayne Angell, einem ehemaligen Gouverneur des Federal Reserve und einem der meist zitierten Ökonomen von Wall Street, zu treffen. Während diese aber die Überwindung der Inflation im postfordistischen Kapitalismus mit der Überwindung der Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems gleichsetzen, eröffnet Marazzi eine durchaus kritische Perspektive. Wie er in der erst kürzlich verfassten Einleitung zur deutschen Ausgabe ausführt, ist die postfordistische Produktionsweise geprägt durch die „Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsform auf die gesamte Gemeinschaft",

von einer „allgemeinen Vereinnahmung des Lebens der Gesamtbevölkerung, der berufstätigen wie der nichtberufstätigen, der jungen wie der älteren, durch den Kapitalismus“ (S. 16).

Marazzi lässt in seiner höchst anregenden Studie wirtschaftsgeschichtliche und theoretische Überlegungen zu Marx, Hilferding, Schumpeter, aber auch Keynes und Friedman einfliessen und aktualisiert diese mit Fakten aus dem Geschehen auf den Finanzmärkten. Als historischen Angelpunkt bezeichnet Marazzi den 6. Oktober 1979, als Paul Volcker, der Vorsitzende des amerikanischen Zentralbankensystems FED, mit einer massiven Zinserhöhung den Inflationstrend brechen und das Vertrauen in den Dollar wieder herstellen wollte. Marazzi führt in dem mit „1979“ überschriebenen 2. Kapitel, aus, welche für alle Protagonisten überraschenden Resultate der Sieg des Monetarismus in der Geldpolitik zeitigte. Entwickelt im Gegensatz zum Keynesianismus in der fordistischen Phase des Kapitalismus, zeigte die Anwendung seiner Rezepte ab 1979 aber vor allem etwas auf, dass nämlich der Kapitalismus in das postfordistische Zeitalter eingetreten war. Marazzi geht soweit, die Bedeutung von 1979 als Jahresdatum mit dem Jahr 1770 zu vergleichen, welches allgemein als der Beginn der Industriellen Revolution gilt. Diese Revolution hat auch weitreichende Folgen für den Sozialstaat, vermittelt über die verallgemeinerte Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Pensionskassenkapitalismus heisst dazu sein Stichwort (S.97 ff.), womit er sich auf die wachsende Notwendigkeit bezieht, die Vorsorge über Fonds und damit im Risikobereich zu garantieren.

An einem andern sozialpolitisch relevanten Punkt setzt sich Marazzi mit dem Übergang vom Welfare- zum Workfare-State (Blair) oder zum „Markt-Keynesianismus“ auseinander. Was auf der einen Seite als Integrationsstrategie für Arbeitslose erscheint, ist auf der anderen die für den Postfordismus notwendige Produktion des Sozialen, aber ohne wirkliche Anerkennung auf der Einkommensebene (S.173). Marazzi setzt sich differenziert mit den verschiedensten Kapitalismus-Kritiken auseinander. Diesem Anliegen widmet er das längste Kapitel („Kritik der Kritik: Notizen“). Hilferdings Begriff des Finanzkapitals diskutiert er ebenso wie gängige und neuere Konzepte der Arbeitsproduktivität. Einbezogen sind dabei sowohl das neue Buch von André Gorz (Arbeit zwischen Misere und Utopie, 1999) als auch Jean Paul Fitoussis Studie (Le débat interdit, 1995).

Von besonderem Interesse ist für Marazzi die Analyse der Fordismus-Krise. Seine weitere These, dass die Taylorsche Trennung von Arbeit und Arbeiter als Trennung zwischen Arbeit als sprachlicher Handlung und mechanischer Tätigkeit im Postfordismus aufgehoben wird, sollte zu weiterführenden Diskussionen Anlass geben. Diese Aufhebung sieht Mararzzi als zwiespältigen Prozess, da er einerseits das Qualifikationsniveau der Arbeit generell anhebt, aber andererseits der weiteren Kolonisierung von Lebenswelten durch das Kapital den Weg ebnet. Damit wird aber die Frage nach der Produktivität neu gestellt: aus der betrieblichen wird so eine allgemein gesellschaftliche Problematik; denn die Produktivitätssteigerung ist ein Effekt des sprachlich vermittelten „general intellect“, der die bisher vom unmittelbaren Produktionsprozess getrennten Bereiche umfasst. Der Lohn kann somit nicht mehr allein auf die in einem bestimmten Unternehmen geleistete Arbeit be-

zogen sein, sondern die Einkommensfrage stellt sich „losgekoppelt von jener der Arbeitszeit“ (S.132).

Die Steigerung der Produktivität ist somit aber auch nicht mehr eine Frage von Investitionen in das materielle Kapital (“Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals“), sondern eine Frage von Ausbildung und Akkumulation von nichtmateriellem Kapital (S.137). Das gibt auch eine neue Grundlage für das Verständnis der gerade jetzt beobachtbaren internationalen Fusionsprozesse unter den globalisierten Unternehmen ab, da dadurch über – immer zeitlich begrenzte – Monopolstellungen die steigenden Vorlaufkosten der Produktion wieder eingespielt werden können (Beispiel Pharmaindustrie).

Marazzi knüpft ohne dogmatische Reverenzen an besten theoretischen Traditionen der Verknüpfung von Theorie, Empirie und kritischer Auseinandersetzung mit andern theoretischen Ansätzen an. Diese Kultur des Analysierens zu erneuern, die immer einen Praxisbezug enthält, ist nicht sein geringstes Verdienst.

Thomas Heilmann

Christian Marazzi: Der Stammplatz der Socken. Die linguistische Wende der Ökonomie und ihre Auswirkungen in der Politik. Zürich, Seismo, 1998 (140 S., Fr. 28.–).

Im Seismo-Verlag Zürich ist ein bereits in Italien erfolgreiches schmales Traktat des Soziologiedozenten Christian Marazzi mit dem leichtfüssigen Haupttitel „Der Stammplatz der Sokken“ und dem schwerfälligen Untertitel: „Die linguistische Wende der Wirtschaft und ihre Auswirkungen in der Politik“ erschienen. Das Büchlein hat es in sich, da es die Leser/innen anregt, Gedanken zur postfordistischen Produktionsweise zu entwickeln, wobei ihnen unmerklich erstklassige Informationen und radikal interdisziplinäre Einsichten zugesteckt werden. Marazzi, der aus dem italo-amerikanischen operaistischen Marxismus herkommt, lässt sich dabei seit jeher bei der Entwicklung seiner Kritik von keiner Orthodoxie Vorschriften machen. Die Unfähigkeit der Ökonomie, die moderne Produktivität zu messen, wird im häuslichen Bereich aufgezeigt, wo der nur den Frauen vertraute „Stammplatz“ der Socken die „paritätische“ Aufteilung der Arbeitszeit zwischen Mann und Frau ad absurdum führt, und dann am Beispiel der USA bis in die globale Dimension nachgezeichnet.

Marazzi entzieht sich in seiner Analyse der Aufspaltung in materialistische und konstruktivistische Gesellschaftskritik, indem er den materiellen Charakter der Konstruktion, der Sprache, als zentralen technologischen Motor der neuen Produktionsweise freilegt. Dieser originelle Ansatz erklärt beipielsweise im Politischen, weshalb sich eine neue „rhetorisch“ durch konformistische Ideale definierte Mittelklasse herausbildet, die die „Notwendigkeit“ verspürt, „sich als Teil der Mittelklasse (...) hierarchisch ‘über’ den unteren Gesellschaftsklassen, aber auch als Teil der ‘arbeitsamen, nützlichen und produktiven Klasse’ zu fühlen, die es verdient habe, entsprechend an der Macht beteiligt zu werden.“ (S.

105) Was ihr wegen ihrer Befangenheit in überholten Formen der Politik (die die wirtschaftliche Zentralität der Sprache als „Polittechnologie" nicht wahrhaben wollen) oft nur in pervertierter, lokalbornierter oder populistischer Weise gelingen will.

Es folgt unweigerlich ein Zusammenstoss mit Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns". Einerseits hatte nämlich deren moralische Substanz dazu geführt, dass dieses auf die emphatische Kommunikation mit dem anderen ausgerichtete Handeln von der Arbeitswelt wegen der dortigen Dominanz des unter dem Einfluss von „Macht und Geld" durchgesetzten „instrumentellen Handelns" ausgeschlossen blieb. Andererseits war ihr Meister jedoch just in dem Moment in die liberale Tradition geflohen, als der postfordistische „Kurzschluss" (Marazzi) zwischen der Sprache als Produktivkraft und der Sprache als Alltagsrationalität oder der politischen Sphäre den liberalen Mechanismus gerade unter diesen Bedingungen als schwachen Garanten der Demokratie entlarvte.

Für Marazzi ist es allerdings schlicht „die *Produktivkraft* der Sprache, der Rhetorik, die Werte und Wünsche der Mittelklasse definiert", während sich die tiefere Bedeutung des Konzepts „Produktivkraft der Sprache" vielleicht erst dann enthüllt, wenn man nicht nur erkennt, dass sich die „Sprache" von der Information vor allem durch ihren Gehalt an Emotionen (und den von diesen gespiesenen Motivationen) unterscheidet, sondern auch erkennt, welcher der beiden entscheidenden sozialen Affekte durch sie vermittelt wird: nämlich der noch beim Kleinkind mächtige Drang zur Kooperation oder aber die Beschämtheit. Letztere hat stets das eigene, durch eine existentielle Krise mörderische und destabilisierte Selbst zum Thema. Dieses Selbst ist kognitiv gestört, zur Emphase so unfähig wie das „instrumentelle Handeln" von Habermas, und es bemüht sich auf diese Weise dennoch, soziale Energie freisetzend, um Anerkennung im hierarchisierten Clan.

Wer diese sozialen Affekte im Auge behält, sieht, wie sie sedimentierte oder akut veränderliche Machtverhältnisse gleichzeitig widerspiegeln und beeinflussen. Die Herrschaftsgesten der Beschämenden und die Servilität der Beschämten sind heute beredtes Zeugnis hierfür. Der gegenwärtige Übergang zum Postfordismus wäre somit, diese Abschweifung sei gestattet, vielleicht auch als ein Übergang von einer wenigstens teilweise rationalistischen und universalistischen Schuldgesellschaft zu einer von letztlich hierarchisierenden Diskursen gekennzeichneten Schamgesellschaft empirisch zu beschreiben.

Marazzi beabsichtigt eine spezielle Kritik der Schamgesellschaft, wie sein prägnantes Kapitel über den „Servilismus" beweist, der schon Karl Marx umgetrieben hatte. „Aber der servile Bedeutungsgehalt der Arbeit geht nicht auf die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit zurück, sondern auf die fehlende ökonomische Anerkennung der kommunikativen Beziehungsaktivität." Während Marxens „Grundrisse" immer hindurchscheinen, sieht Marazzi auch beim diametral entgegengesetzten Martin Heidegger eine Faszination für das Technische. Dessen kryptische Durchsagen aus der Beschämtheit von einst scheinen ja heute mitunter wie auf die global produktive „Sprache" gemünzt zu sein.

Dass die Beschämtheit eine eigene physiologische Abneigung der Technik und Affinität zur Sprache hervorbringt, die wir am reinsten bei Heideg-

ger finden, ist nur die andere Seite des von Marazzi in der produktiven Zentralität der Sprache aufgezeigten Verstärkermechanismus und seiner Widersprüchlichkeit: „Die servile Dimension der postfordistischen Arbeit entspringt eben dieser sprachlich-kommunikativen Vermittlung, die den *gesamten* Wirtschaftsprozess wie Nerven durchzieht. Einerseits appelliert man an das allen Menschen *Gemeinsame*, so auch an die *Fähigkeit* zu kommunizieren, während andererseits die Tatsache, diese gemeinsamen und universellen (öffentlichen) Fähigkeiten zu teilen, dazu verwendet wird, die Arbeitsbeziehungen in immer persönlicherer, privaterer und *in diesem Sinn* servilerer Hinsicht hierarchisch zu ordnen. Auf der einen Seite will man miteinander *etwas Gemeinsames teilen* (*condivisio*), und genau dies gestattet die kommunikative Arbeit; aber auf der anderen Seite will man dieses *öffentliche*, weil allen gemeinsame Gut des kommunikativen Handelns neu *unterteilen* (*divisio*), hierarchisch ordnen, segmentieren und privatisieren." (S.42)

Allerdings bleibt es bei ihm vorerst bei der ausserordentlich bereichernden Fragestellung: „Das Problem besteht (...) darin, politische Praktiken herauszuarbeiten, die fähig sind, den latenten und alle Arbeitstätigkeiten durchziehenden Servilismus in Momente gesellschaftlicher Neuzusammensetzung, in Momente *politischer Gemeinschaftlichkeit* zu verkehren." (S. 41).

Auf den Plan gehört die von Marazzi unterstrichene Tatsache, dass die neue linguistische Wende in der Weltwirtschaft durch eine sehr fragwürdige *Hierarchisierung* der Voraussetzungen und Ergebnisse technisch-wissenschaftlicher Entwicklung – im Sinne einer Begünstigung einer territorial definierten Auswahl relativ privilegierter, produktiver Spracharbeiter, der „Zwischenklasse" – gekennzeichnet ist, der ein zunehmend entrechtetes „Cognitariat" zuarbeiten muss, in welches diese aber auch fortlaufend abzurutschen droht. Daher ihre nicht eingelöste Verwandtschaft zu eben jener „Mittelklasse" der utopischen Sozialisten; daher aber auch ihre gegenwärtige Rechtslastigkeit. „Das weitverbreitete Ressentiment gegen den Staat entsteht aus der fehlenden politischen Anerkennung der neuen Herstellerklasse, aus dem Mangel an öffentlicher Unterstützung für ihre produktiven Qualitäten im Bereich von Beziehungen und Kommunikation, die das Privatkapital zunehmend nutzt, *ohne* sie zu bezahlen." (S. 115). Erst die Praxis des extraterritorialen Staats kann dieser vielfältigen Usurpation des menschlichen Wissens entgegentreten, wie Marazzi in seinem Schlusskapitel über „Staat und Markt" ausführt. Und dabei wird klar, warum sich nicht nur die Staatslinke mit der Idee von der Mittelklasse auseinanderzusetzen hätte.

Gottfried Treviranus

www.widerspruch.ch

Von der Tobin-Tax zur ATTAC-Kampagne

In Südostasien sind 1997 in Folge der Währungskrise ganze Volkswirtschaften eingebrochen. Diese Finanzkrise stürzte bekanntlich Millionen von Menschen in Arbeitslosigkeit, Armut und Elend. Im Dezember 1997 schrieb Ignacio Ramonet dazu im Le Monde Diplomatique: „Will man verhindern, dass die Welt sich im 21. Jahrhundert endgültig in einen Dschungel verwandelt, in welchem die Räuber den Ton angeben, wird die Entwaffnung der Finanzmächte zur ersten Bürgerpflicht. (...) Warum nicht eine weltweite regierungsunabhängige Organisation namens *Action pour une Taxe Tobin d'Aide aux Citoyens* – ATTAC ins Leben rufen?"

Sein Aufruf sollte nicht ungehört verhallen. Heute zählt ATTAC Tausende von Mitgliedern in verschiedenen Ländern der Welt. In Frankreich sind innerhalb von einem Jahr 10'000 BürgerInnen der Bewegung beigetreten. In der Schweiz entstanden Gruppen in allen Landesteilen. Am 25. September 1999 wurde in Fribourg ATTAC-Schweiz gegründet.

Welche Kräfte stehen im Verbund mit einer steigenden Anzahl engagierter Mitglieder hinter ATTAC? Die Bewegung wird von linken Zeitschriften unterstützt und mitgetragen. In Frankreich sind zum Beispiel *Le Monde Diplomatique* oder die Revue *Politis* Mitglied von ATTAC. In der Schweiz berichten die *WochenZeitung/WoZ*, die Genfer Tageszeitung *Le Courrier* oder die Tessiner Gewerkschaftszeitung *Area* regelmässig über die Aktivitäten. Zudem unterstützen Intellektuelle und Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur diese Aktion. Der Conseil scientifique von ATTAC, bei dem François Chesnais Mitglied ist, erarbeitet Dokumente, die als Diskussionsgrundlage und Orientierungshilfe dienen.

Schliesslich schlossen sich der Bewegung auch die SPS, Gewerkschaften und NGO an. So schrieb etwa Otto Stich, Alt-Bundesrat der SPS und ehemaliger Finanzminister: "Bundesrat Villigers (FDP) Absage an die Tobin -Tax ist das Glaubensbekenntnis eines sehr liberalen Finanzministers, der nicht bereit ist, für eine Stabilisierung der Wirtschaft und gegen die Spekulation anzutretten (...) Eine Alternative zur Tobin-Tax ist nicht in Sicht. (GBI-Zeitung, 19.10.99)

Der ATTAC-Bewegung liegt die Idee zugrunde, dass eine demokratische und öffentliche Kontrolle der Finanzmärkte und der Grossunternehmen eingerichtet werden muss. Denn die wachsende Verfügungsmacht über die natürlichen, humanen und finanziellen Ressourcen der Welt darf nicht weiter den Konzernmanagements, Grossinvestoren und Börsenspekulanten überlassen bleiben. ATTAC verfolgt das Ziel, komplementär zur Kapitalgewinnsteuer, die die Börsengewinne im Land besteuern soll, auf internationaler Ebene eine Besteuerung der kurzfristigen und spekulativen Transaktionen zu koordinieren und einzuführen. Die reichen Staaten mit harten Währungen müssen dafür gewonnen werden. Dieser Steuerertrag soll für den Kampf gegen Armut und für nachhaltige Entwicklung weltweit verwendet werden. Darüber wird derzeit intensiv diskutiert.

Peter Streckeisen, Marco Feistmann

Weitere Informationen über Debatten und Aktivitäten bei: ATTAC-ZH, Postfach 7457, 8023 Zürich; zurich@attac.org
ATTAC-BS, c/o Streckeisen, Elisabethenstr. 41, 4051 Basel; pstreckeisen@yahoo.com
ATTAC-Schweiz, C. P. 34, 1000 Lausanne 20

Weitere Literaturhinweise

Amin, Samir, 1998: Die Zukunft des Weltsystems Herausforderungen der Globalisierung. VSA Verlag, Hamburg

Beisheim, Marianne et al., 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Bosshard, Peter, 1999: Die Welt zu Markte tragen. Tatsachen, Trends und Tipps zur Globalisierung. Erklärung v. Bern, Dokumentation, Zürich

BUKO, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft, 1999: Kölngehen - Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus. Nernstweg 32 -34, D-22765 Hamburg

Bourdieu, Pierre, 1998: Der Mythos "Globalisierung" und der europäische Sozialstaat. In: Gegenfeuer. Universitätsverlag Konstanz

Fuchs, Gerhard et al. (Hrsg.), 1999: Die Beziehungen der Globalisierung. Metropolis Verlag, Marburg

Gorz, André, 1999: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.

Gray, John, 1999: Die falsche Verheissung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen. Alexander Fest Verlag, Berlin

Heinrich, Michael / Messner, Dirk (Hrsg.), 1998: Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Mit Beiträgen v. L. Panitch, J. Hoffmann, B. Zeuner et al. Westfälisches Dampfboot, Münster

Hirsch, Joachim, 1999: Was heisst eigentlich "Globalisierung"? In: Das Argument, Nr 232, Neoliberalismus als Krieg, Hamburg, Berlin

Hochuli, Marianne, 1999: Weiss, männlich, satt? Die WTO auf dem Prüfstand. Erklärung von Bern, Zürich

Hofbauer, Johannes, 1999: Zehn Jahre Transformation und ökonomische Krise in Osteuropa. In: Vorwärts, I-III, Oktober, Zürich

Höffe, Gottfried, 1999: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. C. H. Beck Verlag, München

Institut für Theologie und Politik, (Hrsg), 1999: Links von Nord und Süd Deutschchilenische Ortsbestimmungen im Neoliberalismus. Mit Beiträgen v. R. Kößler, J. Agnoli, K. Füssel, G. Notz, M. Mies et al., Graelstr. 9, D- 48153 Münster

Kurz, Robert, 1999: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn Verlag, Frankfurt/M.

Luttwak, Edward, 1999: Turbokapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung. Europa Verlag, Hamburg/Wien

Mach, Andre (dir.), 1999: Globalisation, néolibéralisme et politiques publiques dans la Suisse des années 1990. Seismo Verlag, Zürich

Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard, 1999: Mont Pèlerin Society und marktradikale Think Tanks. Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweise im Neoliberalismus. In: Prokla Heft 115, Münster/Berlin

Röttger, Bernd, 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Verlag Westf. Dampfboot, Münster

Rügemer, Werner, 1999: Grüezi. Die Schweiz als logistisches Zentrum der. internationalen Wirtschaftskriminalität. Distel Verlag, Heilbronn

Schmidt, Gert / Trinczek, Rainer (Hrsg.), 1999: Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen. Nomos Verlag, Baden-Baden

Schwengel, Hermann, 1999: Globalisierung mit europäischem Gesicht. Aufbau Verlag, Berlin

Spieler, Willy, 1999: "Götze Markt" oder zehn Dogmen des Neoliberalismus. Neue Wege, 7/8, Zürich

Stötzel, Regina (Hrsg.), 1998: Ungleichheit als Projekt. Globalisierung, Standort, Neoliberalismus. BdWi Verlag, Marburg

Straubhaar, Thomas, 1999: Wird der Nationalstaat im 21. Jahrhundert überflüssig? Zur „Glokalisierung". NZZ, 31.12.1999

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, 1998: Globalisierung und Peripherie, Nr, 36; 1999: Konzentration/Monopolisierung, Nr, 39. Mit Beiträgen v. J. Huffschmid, D. Boris, J. Bischoff et al. Frankfurt/M.